

DIE ARBEITER.

Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schliess' an ein Ganzes Dich an!

Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 282. Inserationsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorausbezahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: A. Jahn, Berlin W.O., Engelauer 15 A.

Ar. 31.

Berlin, den 2. August 1901.

28. Jahrg.

Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Berlin (Mantl, Bergmannstr. 110), Gräfenroda (E. R. Meiß, vormals Heyr u. Co.), Stadtlengsfeld (Firma Schweizer) für Isolatorendreher, Tillowitz (gräflich Frankenberg'sche Fabrik), Triptis, Weckendorf in Westfalen (Firma Gressel u. Co.), Begefac. Der Vorstand.

Der Verband

keramischer Gewerke in Deutschland beschäftigte uns in voriger Nummer bis zur Beantwortung der Fragen 1 mit 4 des an die Mitglieder versandten Fragebogens. Die Frage 5 beschäftigt sich mit den Transportverhältnissen auf den Eisenbahnen, und kommen bei der Beantwortung diverse Wünsche bezügl. Beförderungsart, Wagenmangel, Transportverzögerung nach England und Frankreich, zu knappe Bemessung der Ladefristen, niedrigere Waggonfrachten zc. zum Ausdruck.

Die Herren Fabrikanten wünschen und fordern unserer Ansicht nach ungleich mehr zur Hebung ihrer Lage (wegen natürlich nichts einzuwenden ist) als die Arbeiter. Man vergegenwärtige sich beispielsweise die von uns immer veröffentlichten „Forderungen“ der Arbeiter bei den letzten Streiks, die sich hauptsächlich um Herbeiführung besserer Zustände in den Fabrikeinrichtungen drehten. Zum Streik ließ man es deswegen kommen, gar nicht zu reden von den Aussperrungen von Arbeitern, die nichts als die Zugehörigkeit zu ihrer Berufsorganisation wahren wollten.

Hat die Kohlennoth den Betrieb noch beeinflusst? Wird außer einer Fabrik, der der Ueberfluß von Kohlen sogar Angelegenheiten bereitet haben soll, zum großen Theil bejaht. Ueber (bis 60 pCt.) theure Kohlenpreise wird geklagt.

Frage 7 bezieht sich auf neuere Erfahrungen über die Wirkungen der Handelsverträge und Zolltarife, wie sie bislang bestanden.

Zu dieser Frage wird zunächst allgemein ausgeführt, daß Handelsverträge von längerer Dauer ohne Zweifel eine günstige Wirkung auf unsere Industrie auszuüben vermögen, doch verträge der heutige Stand der Porzellanindustrie und deren Export eine Beschränkung durch ungünstigere Handelsverträge keines-

falls. Seit Herabsetzung der Eingangszölle für Porzellan sei es den Franzosen gelungen, in fein decorirten Tafel- und Kaffeefarben wieder mehr und mehr in das Geschäft zu kommen, aus dem sie vorher so ziemlich verdrängt waren. Angesichts der bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen sei es daher im Interesse der Porzellanindustrie dringend notwendig, die Einfuhr französischer und auch böhmischer Porzellanwaaren (weiß und bemalt, durch Einstellung wesentlich höherer Zollsätze in den Zolltarif wirksam zu beschränken.

Die Aufträge nach Nordamerika seien zurückgegangen. Bestimmte Porzellanartikel könnten einen auf 60 pCt. erhöhten Zoll nicht vertragen. Es müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um den hohen Zollsatz wieder zu ermäßigen. Dasselbe ist der Fall bezüglich Abfuges nach Rußland. Ueber den Verkehr mit den Konsuln der Vereinigten Staaten seien keine Klagen der Mitglieder eingegangen, die zuvorkommende Behandlung einiger Geschäfte wird sogar besonders anerkannt.

Die folgenden Beantwortungen der Fragen nach den Arbeiterverhältnissen haben für uns bezgreiflich besonderes Interesse.

Aus der Beantwortung der 10. Frage nach den Arbeiterverhältnissen ist festzustellen, daß in 30 Betrieben eine Veränderung nicht eintrat, in weiteren 39 Fabriken die Löhne im allgemeinen und in 7 Fabriken besonders die Tagelöhne gestiegen sind; nur 3 Betriebe konnten die Löhnereduktionen. Eine mußte bis 25 pCt. Arbeitsbeschränkung eintreten lassen, während in 3 anderen Fällen über Arbeitermangel geklagt wird.

Auf die Frage 10a, ob die Sozialdemokratie Eingang gefunden, Fortschritte gemacht oder sich durch Störungen betätigt, melden nur 6 Betriebe, daß ihres Wissens ihre Arbeiter der Sozialdemokratie nicht angehörten. In allen übrigen Fällen wird berichtet, daß die Sozialdemokratie Eingang gefunden resp. Fortschritte gemacht habe.

Aus dem vorliegende interessanten Material ist jedenfalls zu entnehmen, daß eine entschiedene Ablehnung unbeschuldener Forderungen und die Wahrung der Autorität des Fabrikanten im Betrieb immer dazu beigetragen hat, die schwierigen Situationen in einer für den Betrieb günstigen Weise zu klären und wenn auch hierbei zweifellos den Fabrikanten theilweise schwere Schädigungen zugefügt wurden, so wären doch andererseits durch Eingehen auf die verschiedenen mitgetheilten ganz unberechtigten und unerfüllbaren Forderungen nicht minder schwere dauernde Schäden herbeigeführt worden. Die Streiks haben aber ausnahmslos mit der Niederlage der Streikenden geendet.

Wie immer, so ist auch diesmal nicht zu kontrolliren, ob die Löhne thatsächlich in

39 Fabriken allgemein gestiegen sind; wenn auch zugegeben werden mag, daß die Arbeiter eher Mittheilungen über sie Bedrückendes an die Deffenheit gelangen lassen, immerhin müßte doch etwas mehr von den Lohnsteigerungen der 39 Fabriken bekannt geworden sein. Wenn aber wirklich infolge guten Geschäftsganges der Lohn etwas gestiegen sein sollte, so ist dies sicher nicht etwa durch eventuelles Schöhen der Akkordpreise geschehen, sondern durch Mehrarbeiten, durch außergewöhnliche Anstrengung der „Arbeitskräfte“ ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Besitzer herbeigeführt.

Daß die Sozialdemokratie nur sechs Betriebe noch nicht im Besitze hat (d. h. ihres Wissens) dagegen überall ein Fortschritt derselben konstatiert wird, wollen wir mit außerordentlicher Genugthuung begrüßen, obschon auch bei diesem Konstatiren der Herren Fabrikanten, man sich nicht allzusehr auf unbedingte Wahrheit verlassen darf. Bei ihnen ist ein Sozialdemokrat jeder Arbeiter, der nicht zufrieden mit den Anordnungen des „Herrn vom Hause“ ist. Jedoch wollen auch wir mit dem Herrn Berichterstatter das aufgeführte Material bezüglich Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie zc. als interessant gelten lassen, wenn wir allerdings auch zu ganz anderen Schlüssen kommen.

Die „entschiedene Ablehnung unbeschuldener Forderungen“ und die „Wahrung der Autorität des Fabrikanten“ die schwierigen Situationen geklärt haben sollen, übersetzen wir einfach in „kapitalistische Unternehmerwillkür“, in „anmaßendes Propertium“, das nur mit der Hungerpeitsche jede berechnete Regung der Arbeiter unterdrücken will. Die schweren Schädigungen der Fabrikanten waren verdient und haben sie sich selbst zuzuschreiben; daß durch das Eingehen auf die berechtigten und erfüllbaren Forderungen der Arbeiter durch Vermeidung der Streiks den Arbeitern, als auch der Industrie, der Allgemeinheit überhaupt nicht nur kein Schaden, sondern nur eine Besserung ihrer Verhältnisse zu Theil würde, weiß nachgerade jeder halbwegs gebildete Mensch, der auch nur einigermaßen sich mit sozialpolitischen Dingen befaßt, nur unsere Herren Antipoden idamen sich zu solcher Auffassung nicht bringen. Wenn die Streiks ausnahmslos mit der Niederlage der Streikenden geendet haben“ (was einfach nicht wahr

ist), nun, wäre das so, dann hätten die Unternehmer den Schlüssel zu den stetigen Fortschritten, die die Sozialdemokratie in ihren Fabriken macht, und in diesem Sinne müssen wir auch schließlich mit den Niederlagen bei Streiks zufrieden sein. Daß die Sozialdemokratie als solche natürlicherweise ganz unschuldig an den „Störungen“ ist, nun, darauf legt jene Sorte Sozialpolitiker keinen Werth, da fehlt eben das Verständnis, der blinde Eifer für ihren Herrenstandpunkt trübt ihren Blick. Die „Ameisenpartei“ wird ohne Rücksicht auf die „Autorität des Fabrikanten“, ohne Rücksicht auf „schwere Schädigungen“ und nolens volens in diesem Falle ohne Rücksicht auf die Ziele der Sozialdemokratie, lediglich die beruflichen Interessen ihrer Mitglieder vertreten und wenn durch das Verhalten der Unternehmer demgegenüber am Ende die politische sozialdemokratische Partei Anhänger gewinnt, so kann uns selbstverständlich die ungewollte Hilfe der Unternehmer nur sehr angenehm sein. Sind wir doch der Meinung, daß in einem sozialdemokratischen Staate die „Autorität“ der Fabrikanten durchaus nicht hinderlich sein wird, um jeden Arbeiter auch seines gerecht bemessenen Lohnes theilhaftig werden zu lassen.

Der Arbeiterschaft liegt es ob, mit allen Mitteln ihrerseits die Autorität der ehrlichen Arbeit zur Anerkennung zu bringen und das kann sie nur durch Zusammenschluß in der Organisation.

Die Frage nach den Schwankungen in der Arbeiterzahl hat die Antwort von 80 Betrieben ergeben und wurden 28 876 Arbeiter festgestellt; im vorigen Jahre hatten 86 Betriebe die Zahl von 30 555 Arbeiter.

Die jetzt gestellte Frage: Haben Sie für den Bericht noch weitere Bemerkungen von allgemeinem Interesse, insbesondere auch bezüglich etwaiger neuerer sozialpolitischer Bestrebungen oder bezüglich der neueren Gesetzgebung überhaupt? erzielte Antworten, die treffend das Niveau der Herren Unternehmer unserer Branche, auf welchen sie sich trotz ihrer monarchischen Gesinnung, in Bezug auf Sozialreform befinden, kennzeichnen.

Die Antwort auf obige Frage „gibt der weitaus größeren Anzahl der Befragten Anlaß, ihren Uebermuth über die neueren sozialpolitischen Bestrebungen auszusprechen, die über ein berechtigtes Maß hinausgingen und den Fabrikanten immer neue Lasten und Sorgen aufbürdeten. Es könne nicht behauptet werden, daß derartige gesetzgeberische Maßnahmen die theilweise vorhandene Unzufriedenheit der Arbeiter stille, es bestehe vielmehr die Gefahr, daß dieselbe dadurch genährt werde. Es sei dringend erwünscht, daß hierin endlich ein Stillstand eintrete, wenn die Industrie dem Auslande gegenüber nicht schwer geschädigt werden soll.“

Welche Maßnahmen und neueren sozialpolitischen Bestrebungen nun den Herren so gewaltig im Magen liegen, wird außer der Bestimmung bezüglich der Lohnbücher für jugendliche Arbeiter, nicht gesagt, jedoch können wir es uns ja denken. Die Arbeiterschutzbestimmungen, die paar winzigen Verbesserungen z. B. des Gewerbevertragsgesetzes, kurz, die Sozialreform paßt den Herren überhaupt nicht, die wohl für sich resp. ihren Geldsack alles mögliche Entgegenkommen der Staatsbehörden wünschen.

Wir hätten uns bei Deibitz nicht gewundert, wenn bei dieser Frageantwortung die Buedischen Tiraden nach einem Zuchtstrafgesetz ebenfalls zum Ausdruck gekommen wären, daß

die Porzellan- u. Fabrikanten aber vollständig vom Buedischen Geiste durchdrungen sind, daran ist so wie so nicht zu zweifeln.

Obgleich wir uns durchaus nicht der Illusion hingeben, als wenn wir damit auch nur irgend das Geringste in der Stimmung der Herren ändern könnten, möchten wir doch nicht versäumen, das Urtheil eines hayerischen Fabrikinspektors (Boellath) hinter den in der Beantwortung der bezüglichen Frage liegenden Herzenserguß unserer Fabrikanten zu setzen. Er äußert sich in einem Schriftchen „Der Arbeiterschutz“ u. A. wie folgt: „Es besteht eine dringende humanitäre, wirtschaftliche und politische Veranlassung, dem Arbeiterschutz fortwährende, eingehende Fürsorge zu widmen und ihn zeitgemäß weiter zu entwickeln. . . . Denn ohne Zweifel schwächt eine Ausbeutung der menschlichen Arbeitskräfte über kurz oder lang die Leistungsfähigkeit des betreffenden Volkes und führt in weiterer Folge nicht selten zu ernststen wirtschaftlichen und sozialen Krisen.“

Hingegen sind die Aufwendungen eines Staates, welcher den gewerblichen Arbeitern eine der fortschreitenden Kultur entsprechende Sorge angedeihen läßt, in Wirklichkeit keine Opfer, sondern eine nützliche Kapitalanlage, deren Zinsen in der allseitig gesunden Volks- und Staatsentwicklung und nicht zum letzten in dem Aufblühen des industriellen und gewerblichen Lebens zum Vorschein kommt. . . . Und in dem Maße, als er (der Arbeiterschutz) fortschreitet, würde er neben der sozialen Wohlfahrt“ auch den sozialen Frieden befördern.“

Wir als + + + Sozialdemokraten unterschreiben vollständig diese Worte; nach den Antworten unserer Herren Unternehmer (siehe oben) zu urtheilen, werden diese dem Herrn Boellath sicher keine Dankesadresse dafür übermitteln.

In dem Bericht finden wir nun weiter als Punkt 6 der Tages-Ordnung: „Errichtung einer königlichen Fachschule in Verbindung mit der Königl. Porzellanmanufaktur in Berlin“.

Die Ausführungen hierüber können wir übergehen; daß ein solches Institut „außerordentlich gewinnbringend für die keramische Industrie“, als deren Vertreter sich ja nur die „Herren im Hause“ geriren, würde, bezweifeln wir keineswegs. Wir würden auch im Interesse der Ausbildung der heranwachsenden Porzellanarbeiter ein solches Institut nur begrüßen können. Leider aber macht man die Erfahrung, daß die solcher Weise herangebildeten jungen Leute sich durchaus nicht mehr als zur Arbeiterschaft gehörig betrachten; sie werden systematisch zu Handlangern der Fabrikanten ausgebildet, zu „Beamten“, die, ob sie etwas wirkliches gelernt haben oder nicht, nur darauf abgerichtet sind, die „Unzufriedenheit“ der Arbeiter durch oft bornirte „Schnelldigkeit“ darnieder zu halten, wobei sie selbst nicht mal merken, daß auch sie nur ausgenutzt, ausgebeutet werden, oft gegen geringen Lohn, der Künstlerstolz muß dann für anderes herhalten. Würden die Fabrikanten den in den Fabriken beschäftigten Lehrlingen bessere Ausbildung allgemein zukommen lassen, statt, daß man sie schon vom frühesten Alter an als Ausbeutungsobjekte betrachtet, für die keramische Industrie wäre vielleicht das noch bedeutend gewinnbringender.

Den folgenden Punkt lassen wir, weil er wieder sehr interessant ist, im Wortlaut folgen:

Punkt 7 des T. O. Beschränkung der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter und Frauen in den Porzellan- und Steingut-Fabriken. Hierzu wird ausgeführt, daß von verschiedenen Seiten des Reiches an die Geschäftsstelle Anzeigen darüber gelangt sind,

daß im Reichsamt des Innern neuerdings Erwägungen geflogen würden, ob und inwieweit die Verwendung jugendlicher Arbeiter und Frauen in Porzellan- und Steingut-Fabriken gänzlich untersagt oder eingeschränkt werden solle. Wenn die geplanten Schutzbestimmungen durchgeführt werden würden, so dürften diese nach Ansicht des Reichsamtes tiefgreifende Veränderungen in den betroffenen Industrien hervorrufen und es sei wünschenswerth, daß man zunächst einmal festzustellen suche, ob denn wirklich derartige Einschränkungen in der Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter durch die vorliegenden Umstände geboten seien. Man beabsichtige die Verwendung von Arbeiterinnen zu untersagen:

1. bei Arbeiten an den Mescheröfen,
2. beim Eintuchen der verglühenden Stücke in bleihaltige Glasurmasse,
3. beim Reinigen (Abputzen, Stäuben) und Einsetzen der Waaren in die Chamotekapseln und
4. bei der Ofenarbeit.

Für jugendliche Arbeiter beiderlei Geschlechts sollen außerdem noch folgende Arbeiten für unzulässig erklärt werden:

1. Trocknen der glasierten Stücke,
2. Bestäuben mit Farbe,
3. Bemalen mit Schmelzfarbe,
4. Auftragen der Farben,
5. Abblasen der Glasur,
6. Anfertigung von Abdrücken und
7. Abschleifen von Porzellan.

Die Versammlung ist einhellig der Ansicht, daß derartige Bestimmungen ungeheure Nachteile und Schädigungen für die Fabriken herbeiführen müßten und daß viele Fabriken, namentlich unter den heutigen Verhältnissen, geradezu ihren Betrieb einstellen müßten, wenn derartige übertriebene und zu weit gehende Bestimmungen zur Durchführung gelangen sollten. Auch auf die Konkurrenz des Auslandes wird hingewiesen und betont, daß die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der ausländischen Industrie kaum erhalten werden könnte. Es gelangen namentlich die Zustände zur Besprechung, welche in Belgien, Oesterreich und selbst in Frankreich herrschen. In diesen Ländern sei man bei weitem noch nicht derartig durch sozialpolitische Bestimmungen und Vorschriften beschränkt, wie in Deutschland und es würde von diesen Ländern aus die Konkurrenz besonders zu fürchten sein.

Jugendliche Arbeiter und weibliche Arbeiter könnten für die in Frage kommenden Arbeiten absolut nicht entbehrt werden und namentlich verstehe man nicht, wie es künftig möglich sein solle, den Nachwuchs brauchbarer Arbeiter in genügender Weise heranzubilden. Die geplante Beschränkung würde zudem für die Arbeiter und Arbeiterinnen von großem Nachtheil sein und ihnen einen verhältnismäßig leichten Verdienst entziehen. Es gäbe schon jetzt Schutzbestimmungen in hinreichendem Maße, um die Leute vor etwaigen Nachtheilen bei ihren Arbeiten zu schützen, doch seien im Allgemeinen diese Nachtheile nicht so schlimm, wie man nach den projektirten Schutzbestimmungen wohl anzunehmen geneigt wäre. Es gäbe jedenfalls ganz andere Arbeiten, die in viel höherem Grade der Gesundheit der dabei beschäftigten Personen nachtheilig sein könnten. Selbst im gewöhnlichen Leben würde die Gesundheit viel mehr Gefahren ausgesetzt sein, als in den Fabriken, wo schon völlig ausreichend gesorgt sei, um den Gefahren zu begegnen.

Die Versammlung beschließt daher, beim Reichsamt des Innern gegen die geplanten Schutzmaßnahmen vorstellig zu werden.

Daß man sich auf die „wilden Länder“ Belgien, Oesterreich, Frankreich beruft, ist bezeichnend dafür, welche Verbandsliebe und Eingehen auf die Wünsche des Reichsoberhauptes Unternehmer bekunden, wenn es sich eben um den heiligen Profit, um die Ausbeutung der diesem dienende „Objekte“ handelt. Vielleicht kommen wir auf Diverses aus dem ganzen Bericht noch später zurück.

Der frühere Vorstand (Guilleaume, R. v. Boch, Egm. Tielich, Alb. Gutschenreuther) wird wiedergewählt; besondere Anträge der Mitglieder liegen nicht vor (auch kein solcher, der die Lichtgeltfrage aus der Welt schaffen will), die Versammlung wird geschlossen.

Ob irgend welche vertrauliche Abmachungen bezüglich der Arbeiter vorgenommen wurden, steht nicht im Bericht, früher war es der Fall; es ist eben jetzt ein anderer Geschäftsführer am Ruder. Es wäre schließlich auch ganz ohne Bedeutung, was die Herren nach geheim abmachen, wenn nur die Arbeiterschaft aus all dem Vorstehenden die entsprechende Lehre ziehen wollte.

Statt, daß man jetzt nach Ueberwindung

einer inneren Krise im Verband, der allerdings immer noch die äußere Krise im Geschäftsleben gegenüber steht, die etwas locker gewordenen Reihen wieder zu schließen sucht, versucht man, den Vorschlägen eines „Neunmalflugen“ Geschmacks abzugewinnen und richtet durch vorläufig ergebnislose Diskussionen nur erst recht Verwirrung in der Organisation an. Ehe man an eine Gauentheilung (der wir keineswegs etwa feindlich gegenüberstehen) denken kann, müssen unseres Erachtens erst einmal die hierfür nötigen Voraussetzungen, vor allem eine größere Mitgliederzahl als zur Zeit, vorhanden sein.

Wenn man die Zeit bis dahin mit der Agitation auf schon vorhandener Grundlage ausfüllen möchte, Ihr wäret besser daran, Porzelliner! Thuet es, fertigt solche „Neuerungen zur Unzeit“ kurz ab und scharrt Euch zusammen, sonst werden die Herren Unternehmer Euch demnächst Ueberraschungen bereiten, denen auch nicht durch Gauen oder deren Vorstände, ob bezahlte oder nicht, entsprechend begegnet werden kann.

Wohnungsübel und Selbsthilfe.

Von Theodor Hoppe.

II.

Obgleich wir uns durch die Organisation gegen die willkürliche Lohnrückerei einigermaßen schützen können, so besitzen wir doch leider noch kein wirksames Mittel gegenüber der Ausbeutungswuth der Hausagrarien, welche uns das wieder aus der Tasche ziehen, was wir mühsam durch Lohnkämpfe errungen haben; daß hier Abhilfe geschaffen werden muß, leuchtet jedem ein, — aber wie?

Diese Frage ist schon verschiedentlich beantwortet worden, aber noch lange nicht gelöst. Eine kaum zu bewältigende Literatur liegt bereits über die in unserer heutigen Gesellschaft herrschenden verderblichen Wohnungsverhältnisse vor und jede größere politische oder sozialpolitische Zeitung erachtet es fast als eine unabwiesbare Pflicht, jährlich mehrermale über die „Wohnungsfrage“ und deren „Lösung“ eine besondere Abhandlung zu bringen, aber die „Hausherren“ steigern die Mieten ruhig weiter.

Die meisten dieser „Wohnungsreformer“ bemühen sich stets, nur dies mit den althergebrachten Mitteln zu bewerkstelligen. — Entweder plädiren sie für Aufhebung der Freizügigkeit oder aber sie empfehlen die Selbsthilfe; selten versteigt sich einer dieser Gefühlsmenschen zu dem Vorschlag, daß die Kommunen diese Wohnungsfrage in die Hand nehmen müssen, indem sie in erster Linie die Bauthätigkeit zu fördern suchen. — Das einzigste und radikalste Mittel wäre, die Grundeigentümer, welche auf den Häuserbau spekuliren, zu enteignen; d. h., sämmtlichen Grundbesitz, welcher zu Wohnungszwecken Verwendung finden soll, zu dem ursprünglichen Nutzungswert in den Gemeindebesitz überzuführen, die Wohnungshäuser auf Gemeindefosten zu bauen und die Wohnungen zum Herstellungswert an die Nichtbesitzer, an die Arbeiter zc. zu vermieten. — Der letztere Ausweg ist dann auch schon vor Kurzem in mobilisirter Weise in einem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung zu Berlin in Vorschlag gebracht worden. — Einen anderen Weg, weniger grundstürzend, haben bereits einige Städte eingeschlagen, indem sie die gemeinnützigen Baugesellschaften dadurch fördern, daß sie ihnen Grund und Boden zu billigen Preisen überlassen oder daß sie sich mit Baugeldern betheiligen oder sonstige Vortheile gewähren. — Dieser letztere Ausweg hat aber in erster Linie nur zur Folge, daß

wohl kleine Wohnungen, an denen Mangel ist, geschaffen werden, das Vermietungsrecht um jeden Preis bleibt aber den Gesellschaften überlassen und dürfte nur die Konkurrenz ins Gewicht fallen; sobald diese aufhört, steigen auch wieder die Preise der Wohnungen. — In der bereits erwähnten Sitzung der Budgetkommission des deutschen Reichstages, in welcher die Frage erörtert wurde, in welcher Weise die für Wohnungsreform bewilligten 2 Millionen Mark Verwendung finden sollen, hat denn auch der Abgeordnete Singer darauf hingewiesen, daß sehr leicht ein Mißbrauch mit diesen Geldern geschehen kann, wenn es Privatpersonen oder Gesellschaften überlassen bleibt, nach eigenem Ermessen solche Wohnungen herzustellen und zu vermieten. Aus diesem Grunde hat Singer denn auch einen Zusatz beantragt, wonach die Beihilfen zur Errichtung von kleineren Arbeiterwohnungen resp. Häusern nur unter der Bedingung gegeben werden, daß bei der Festsetzung des Miethspreises nur die landesübliche Verzinsung des zum Bau der Häuser aufgewandten Kapitals, sowie die Kosten der Instandhaltung und Verwaltung in Anrechnung gebracht werden dürfen. Auch der Antrag der Stadtverordneten, welcher oben erwähnt wurde, geht dahin: daß die auf städtischem Grund und Boden durch die Gemeinde oder deren Beauftragte zu errichtende Häuser einmal gesunde und billige Wohnungen enthalten sollen und zweitens, daß die Höhe des Miethspreises so zu bemessen ist, daß nur die Verzinsung und Amortisation des für die Herstellung der Gebäude aufgewandten Kapitals, sowie der zur Instandhaltung und Verwaltung erforderlichen Kosten in Betracht kommen. — Es soll durch eine solche Bestimmung eben jeder Wohnungswucher unmöglich gemacht werden. — In dieser Weise würden ja billige Wohnungen geschaffen werden und eine wirksame Rückwirkung auch auf die übrigen Wohnungspreise der Privathäuser stattfinden, wenn sie in genügender Zahl hergestellt würde. Aber die Sache liegt noch weit im Felde, denn einmal sollen diese billigen Wohnungen zunächst erst für die Arbeiter und gering besoldeten Beamten hergestellt werden und andererseits machen die Haus- und Grundbesitzer energisch Front gegen derartige Wohnungsreform, sie sträuben sich mit Hand und Fuß dagegen und wollen nicht, daß man ihnen sozusagen „Rücksetzer“ in ihre warmen Nester legt.

Verschiedene Haus- und Grundbesitzervereine haben bereits gegen ein derartiges revolutionäres Beginnen Protest eingelegt und auf dem Verbandstage der rheinisch-westfälischen Haus- und Grundbesitzervereine hat man Resolutionen vom Stapel gelassen, welche dagegen Verwahrung einlegen, daß man in die private Bauthätigkeit eingreift, indem hierdurch ihre Interessen geschädigt würden; mit allen Mitteln will man eingreifen, weder Mühe noch Kosten scheuen, um zu verhindern, daß Baugesellschaften zc. durch Kredit und Geldmittel zu billigen Zinsen aus öffentlichen Fonds unterstützt werden. Ist jedoch einmal der richtige Weg beschritten, so wird man sich keineswegs den Wohnungsansuchern zu Liebe und Gefallen davon wieder abdrängen lassen; man wird über ihr Geschrei zur Tagesordnung übergehen.

Ob nun die Gründung von Baugenossenschaften, die Herrichtung von Wohnungen durch Staat, Kommune oder Fabrikherren die Lösung der Wohnungsfrage, die Beseitigung des Wohnungsübelns herbeiführen wird, das ist noch nicht zu behaupten. Gewohnter und billiger dürften solche Wohnungen werden, aber der Lohnarbeiter kann sehr leicht durch die Vermietung solcher Wohnungen in ein Abhängigkeitsverhältnis gerathen, durch welches sie bei

Streik, Aussperrungen und Veränderung ihres Arbeitsverhältnisses in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert würden. Selbst wo derartige Wohnungen durch Baugesellschaften der Arbeiter errichtet werden, müßten Vorkehrungen getroffen werden, daß dem bisherigen Inhaber einer solchen Genossenschaftswohnung bei einer etwaigen Platzveränderung, bei Ueberführung nach einem anderen Arbeitsplatz seine Vortheile gewahrt bleiben insofern, als ihm keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden auszuscheiden und seinem etwaigen Antheil zurückzufordern. — Daß die Selbsthilfe das Wohnungsübel mindern kann, dafür liegen bereits Beweise vor, wenn wir die Thätigkeit des Verbandes „Arbeiterwohl“ in Betracht ziehen, wo jedes Wuchergeschäft in Bezug auf Miethepreise ausgeschlossen ist und wo sich Jedermann durch die ratenweise Einzahlung einer bestimmten Summe eine gesunde und billige Wohnung sichern kann. — Aber von Belang für die Reduzirung der Miethepreise kann diese Selbsthilfe erst dann werden, wenn solche Arbeiterbaugenossenschaften billigen Baugrund erhalten können und dies ist nicht der Fall, so lange Grund und Boden in den Händen von Privatkapitalisten ist. — Die heutigen Baugenossenschaften, so segensreich sie auch wirken mögen, sie sind noch nicht im Stande, wesentlich zur Beseitigung des Wohnungsübelns beizutragen, da sie einmal ihre Wirksamkeit nicht auf die fluktuirende (hin- und herziehende) schlechtbezahlte Arbeiterbevölkerung ausdehnen können und zweitens, indem sie den Grund und Boden zu theil, über den Werth bezahlen müssen. Hier müssen Staat und Kommunen eingreifen, vielleicht in der Weise, daß in einer Kommune durch eine Kommission absolut unabhängiger Männer im Anschluß an das Grundbuch sämmtliche unedebaute Grundstücke nach ihrem wahren Nutzungswert, nicht etwa zum Spekulationswert, taxirt werden und die Kommune durch Gesetz berechtigt wird, zu jeder Zeit, jedes Stück Land zu diesem festgesetzten Preise zu erwerben und zu dem nämlichen Preise an Arbeiter zc. Baugesellschaften abzugeben.

Mit diesem Augenblicke würde jeder Schacher aufhören, denn wer würde noch für ein Stück Land 30 000 Mk. oder auch darunter bezahlen wollen, wenn es morgen die Kommune für den vielleicht nur auf die Hälfte taxirten Preis in ihren Besitz bringen kann. Allerdings, so lange bei uns noch Leute mit zurückgebliebenen, manchesterlichen Anschauungen dominiren, Leute, die das Vermieten von Wohngeplätzen lediglich als Erwerbszweig betrachten und zwar als solchen, in den kein Haberer, auch der Staat nicht hineinzureiben hat, so lange werden wir auch unser Wohnungsübel behalten, die bloße Selbsthilfe kann hier direkt wenig leisten, weil ihre Thätigkeit überall durch hemmende Schranken, alten verheerenden Rechten, Sitten und Gewohnheiten, Gleichgültigkeit und Vorurtheil, durch das „ewig Gestrige, das morgen gilt, weils heute hat gegolten“, ein Ziel gesetzt wird.

Die wirksamste Selbsthilfe kann nur dadurch unterstützt resp. zur Bethätigung gelangen, daß Männer in den Gemeindevertretungen u. s. w. sitzen, welche unparteiisch und vorurtheilsfrei über die sozialen Mißstände urtheilen, welche denen, welche zur Selbsthilfe die Kraft in sich fühlen, die Arme frei machen. Die Gemeinden haben auf dem Gebiete des Wohnungswesens noch große Aufgaben zu lösen, werden dies aber um so weniger thun wollen, je einflussreicher noch das Hausagrariertum in den Stadtvertretungen ist. So lange man noch glaubt, es sei die Hauptaufgabe der städtischen Verwaltungen, den Ausbeuter in die Tasche zu arbeiten, wird das Wohnungsübel immer schlimmer werden.

In der Mehrzahl der Kommunen haben die Interessentpolitiker seit Jahren das Heft in den Händen; und meisterhaft haben sie es verstanden, den eigenen Vortheil wahrzunehmen; es ist nicht mehr wie billig, daß auch die Stimmen derjenigen zur Geltung kommen, durch welche erst die Steigerung der Grund- und Bodenpreise, sowie die hohen Miethspreise möglich wurden. — Das Wohnungsübel, welches seine Stirn immer höher reißt, kann nicht mehr verluget werden, eine Selbsthilfe ist von einem, der an Händen und Füßen gefesselt ist, nicht zu verlangen; darum erst die Fesseln zerhacken, dann wird sich auch der Miethsklave selbst helfen.

Ist unser Verband reformbedürftig.

Von H. S.

Bevor ich zur Beantwortung dieser für uns organisierte Porzellan- und Steingutarbeiter und Arbeiterinnen wichtigen Frage gehe, möchte ich mir gestatten, einige einleitende Bemerkungen zu machen, welche in Rücksicht auf unser seit 2 Jahren gepflogenes System unsere Bemerkungen auszulassen, nicht ohne Berechtigung sind. *)

Gen. Mehling hat in Nr. 21 der „Ameise“ eine Reihe von Neuerungen in unserer Organisation als notwendig hingestellt, welche ja theilweise einen berechtigten Kern haben, auf dem ich weiter unten eingehen werde. Man ist es jedem Mitglieds Recht, in unserem Organ seine Meinung in angemessener Form zu äußern ohne befürchten zu müssen, daß man mit jedem „in die Massen geworfenen Sauerzetz“ sich der Gefahr aussetzt, sich eine Anwartschaft auf einen so „glänzend“ bezahlten Vorstands- oder Redakteurposten „ergattern“ zu wollen. Wenn nun Gen. Mehling sich durch die Nummerierung des Redakteurs zu seinem in Nr. 21 erschienenen Artikel derart abschrecken läßt und zu dem ungewöhnlichen Mittel der Flugblätter greift, so schlagen wir damit einen Weg ein, der leicht verhängnisvoll werden dürfte. Denn erstens ist nicht jedes Mitglied in der finanziell glücklichen Lage, einige hundert oder tausend Flugblätter drucken lassen zu können und zweitens erfahren nur die wenigsten Mitglieder den Inhalt derselben. So hat z. B. die Zahlstelle, der ich angehöre, keine von diesen Flugblättern erhalten, anderen, insbesondere den kleinen, dürfte es ebenso ergangen sein, ganz abgesehen von den 4 bis 500 Einzelmitgliedern, die nach Berlin II gehören und die bei solchen Flugblättergeschichten stets die Stiefkinder des Verbandes sind und doch dieselben Pflichten erfüllen müssen. Und daher noch einmal, ohne uns persönlich zu verletzen, können wir durch Vorschläge, Anträge u. s. w. Verbesserungen in unserer Organisation anstreben und herbeiführen, ohne das recht zweifelhafte Mittel von Flugblättern einführen zu wollen. Und nun nach dieser Abschweifung zur Sache.

Als in Rudolstadt nach Schluß der Generalversammlung im Mai 1899 die Delegirten auseinander gingen, fuhr wohl jeder Einzelne mit dem frohen Bewußtsein nach Hause, daß unser Verband einen tüchtigen Schritt nach vorwärts gemacht hatte, denn mit Ausnahme einer kleinen Beitragserhöhung, welche nur ein geregelteres und gerechteres Beitragssystem bezweckte, waren für die Mitglieder eine ganze Reihe von Verbesserungen entstanden. Erwähnen will ich davon nur die Differenz- und Kinderunterstützung, Prämien, Umzugskosten, 1/2-jährige Karenzzeit zu höheren Stufen, Vergrößerung der „Ameise“ u. s. w.

*) Dieser Artikel war bereits geschrieben, bevor die verschiedenen Bemerkungen über Gen. Mehling's Flugblatt erschienen sind, es sind daher einige kurze Verbesserungen unternommen.

Jedoch die Optimisten sahen sich bald gründlich getäuscht. In dem nach außen hin so glänzenden Gebäude der Organisation sah es innen trübselig aus, die Interessengegenläge mußten bei erster bester Gelegenheit aufeinander plagen. Zwei Anschauungen standen sich stillschweigend, doch erbittert gegenüber, nur den Anlaß abwartend, um sich befehlen zu können. Der Anlaß kam eher als man gedacht hatte: der Streit der österreichischen und sächsischen Bergleute war es, welcher schon eine Scheidung der Geister hervorrief. Hier Kampforganisation, hier unter allen Umständen nur Unterstützungsorganisation war bald die Lösung. Raum war dieser so erbittert geführte Kampf — dem belläufig bemerkt, der Hauptvorstand ohne mit einer Wimper zu zucken, gleichgiltig zusah — unter den Mitgliedern beendet, so tauchte die noch unglücklichere Frage bey contra Vorstand auf, diesmal mit ihren Folgerungen, den Verband bis ins Innerste zu treffen. Der Verlauf ist bekannt: „Wäschegeiß“, persönliche Verunglimpfungen, Spott und Triumphgeheul der Gegner, alles dies ist noch in frischer Erinnerung. Dazu kamen aber auch noch einige verunglückte Streiks und ebenso verlaufene Aussperrungen, an deren unglücklichen Ausgängen wir ja schon bald so gewöhnt sind, wie der Mal ans Schinden und dann als Krone vom Ganzen die saubere Angelegenheit der geldhungrigen Erben Beys, die dem so kunstvoll angelegten Plan zur Erlangung des Geldes und Sprengung des innerlich tiefgehaften Verbandes programmgetreu zum Austrag brachten und abermals war unsere Organisation aufs Neueste gefährdet.

Wenn wir nun alle diese seit 2 Jahren vollzogenen und jetzt überwundenen Thatsachen vor Augen führen, so drängt sich Jedem, der aus Ueberzeugung Anhänger der Organisation ist, unwillkürlich die Frage auf: „sind diese Ursachen zu so traurigen Folgeerscheinungen nicht zu beseitigen und wie können sie beseitigt werden?“

Um nun solche Folgen für die Zukunft unmöglich zu machen, möchte ich nicht, im Gegensatz zu Gen. John „immer hübsch langsam voran“ Stein auf Stein im Bause ausbessern, so ungefähr wie ein bekannter Magistrat in Sachsen sein altes Stadttheater aussticht und doch keinen vernünftigen Musentempel erhält, sondern in unserer Organisation muß einmal energisch zugefaßt werden, wenn wir das Uebel an der Wurzel treffen wollen. In erster Linie werden wir der Frage näher treten müssen, ob der Aufbau unseres Verbandes mit seinem streng centralistischen System und seinem Sitz in der Reichshauptstadt der richtige ist.

Und da werden wir uns wohl oder übel gestehen müssen, daß wir viel zu centralistisch organisiert sind, daß eine handvoll Personen, deren persönliche Thätigkeit ich durchaus nicht in Zweifel ziehe, nahezu unumschränkt über das Wohl und Wehe von ca. 9000 Mitgliedern zu bestimmen haben, ohne daß es diesen ca. 9000 Mitgliedern möglich wäre, eine als verfehlt angesehene Handlung des Hauptvorstandes momentan corrigiren zu können. Und damit kommen wir zum Mehling'schen Vorschlage der Bezirksleitungen. Unsere heutigen Agitationsbezirke haben bis dato noch keine eingreifende Thätigkeit entwickeln können, da es ihnen an Allem fehlt, was zur Macht und Thätigkeitsentfaltung notwendig ist. Um nun diesem Uebelstande abzuhelfen, müssen wir unsere heute bestehenden 24 Agitationsbezirke in eine noch zu bestimmende Anzahl von Gaue eintheilen, die sich nicht nach Zahlstellen, sondern über gewisse geographische Begriffe, wie Länder, Provinzen erstreckt und an deren Spitze eine Gauleitung mit einem unbesoldeten

Gauleiter steht. Die Aufgaben dieser Gauleitungen wären ungefähr folgende:

1. Leitung der Agitation im Gau.
2. Vornahme von Revisionen in den zum Gau gehörenden Zahlstellen.
3. Schlichtung bezw. Untersuchung von Differenzen der Mitglieder untereinander.
4. Ausführung sonstiger ihr vom Hauptvorstande im Verbandsinteresse ertheilten Aufträge.
5. Das Recht, Urabstimmung im Verbonde beantragen zu können. Stimmen mindestens 1000 Mitglieder zu, so muß der Hauptvorstand Urabstimmung vornehmen. Jeder Gau wählt einen Vorort. 5 Mitglieder dieses Vorortes bilden die Gauleitung, welche aus einem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, einem Kassirer und zwei Beisitzern besteht. Der Vorsitzende ist gleichzeitig der Korrespondent, welcher die schriftlichen Arbeiten mit den Zahlstellen, sowie mit dem Hauptvorstande zu erledigen hat. Als Mittel zur Deckung der Auslagen sendet jede Zahlstelle allvierteljährlich die Hälfte der 15 pSt. an den Hauptkassirer. Die Gaue haben, wie schon oben bemerkt, eine größere räumliche Ausdehnung als unsere jetzigen Agitationsbezirke, demgemäß ist auch die Anzahl derselben geringer. Wir würden dann vielleicht Gaue: Schlesien, Sachsen, Norddeutschland, Thüringen, Bayern, das übrige Süddeutschland, Rheinland und Westfalen erhalten. Gaue, wie z. B. Thüringen, die eine hohe Mitgliederzahl haben, könnten auch getheilt werden. Den Gauleitungen steht das Recht zu, bei wichtigen Anlässen eines ihrer Mitglieder zum Hauptvorstand zu delegiren, dasselbe hat im Hauptvorstande Sitz und Stimme.

Die Wahlen zur Generalversammlung sind künftighin nicht mehr nach willkürlich zusammengestellten Wahlkreisen vorzunehmen, sondern gauweise, so daß Sachsen mit ungefähr 1000 Mitgliedern 5, Thüringen mit etwa 2000 Mitgliedern 20 Delegirte zu wählen hätten. Auf diese Weise kann auch aus der kleinsten Zahlstelle ein oder mehrere Delegirte aus der Wahl hervorgehen, eine Majorisirung ist nicht mehr gut möglich. Das wären so ungefähr die Aufgaben der Gaue. Daß wir durch diese Einrichtung wohl mehr Geld für Agitation und sonstigen Interessen ausgeben werden, ist klar, aber ebenso klar ist, daß durch ein derartiges Handinhandgehen der Mitglieder untereinander das Solidaritätsgefühl sich heben muß und durch die Institution des Gauleiters mit dessen Berechtigung von Sitz und Stimme ersticht den Mitgliedern ein Vertheidiger ihrer Rechte, der sich in vielen Fällen als recht zweckmäßig erweisen wird. Anschließend hieran will ich noch den jetzigen Sitz unseres Hauptvorstandes berühren.

Meines Erachtens kann der Vorstand unseres Verbandes in einem mitteldeutschen Porzellanort, wie Gotha, Kahla u. s. w. seine Funktionen ebenso gut als in der unserem Berufe so entlegenen Reichshauptstadt mit ihren ungeheuren Miethspreisen ausüben. Wenn man bedenkt, daß wir für unser durchaus nicht allzu großes Bureau die Jahresbeiträge von 77 Mitgliedern oder den Jahresverdienst eines Porzelliners bezahlen müssen, so ist dieser Preis für uns entschieden zu hoch. Unsere Bureaubeamten müssen doch ebenfalls in der Nähe des Gewerkschaftshauses hohe Miethen entrichten und so wird über kurz oder lang ein diesbezüglicher Antrag auf Gehaltserhöhung erscheinen, den ich vollständig begreifen und berechtigt finden würde.

Was bindet denn uns aber an Berlin? Das kommerzielle Geschäftsleben, das sich in Berlin centralisirt oder die hohe Politik? Ich habe bis dato noch nicht gehört, daß

unser Redakteur als Vertreter der Presse zu einer Aktionärsversammlung oder der Vorstände zu einer Exekute vor einem Minister wäre geladen worden. Also, das kann es nicht sein. Verlegen wir den Sitz von Berlin nach einem mitteldeutschen Kleinstaate, die ja schließlich auch nicht reaktionärer als Bruder Preusse sind, so ist:

1. Der Hauptvorstand für das Gros der Mitglieder leichter zu erreichen.
2. Kommt in unsere Verbandsleitung frisches Blut.
3. Ersparen wir jährlich mehrere hundert Mark Bureau-miete.
4. Erhalten unsere Beamten dadurch eine nicht zu unterschätzende indirekte Gehalts-erhöhung.

Alle Organisationen haben ihre Leitung in ihren Berufszentren, wenn es bei denen geht, warum soll es denn absolut bei uns nicht gehen. Wäre es nicht lächerlich, wenn der Verband der Seeleute seinen Sitz statt in Hamburg etwa in Hüttensteinach hätte? — Mit der Verlegung des Sitzes von Berlin nach der Provinz könnte auch die Verlegung des Schiedsgerichtes oder des zukünftigen Ausschusses vorgenommen werden, denn es ist gewiß praktischer, wenn diese beiden Instanzen näher aneinander sind, deswegen ist noch nicht gesagt, daß sie sich an ein und demselben Ort befinden müssen.

Ein wunder und unstrittig der wichtigste Punkt in unserem Verbands ist jedoch die Thatsache, daß wir regelmäßig unsere Streiks und Aussperrungen verlieren. Und hierbei muß vor allen Dingen versucht werden, Wandel zu schaffen, soll nicht all und jede Agitation lahm gelegt werden, soll nicht der Verband einer unvermeidlichen Krise entgegengehen, die alle bisherigen Krisen in den Schatten stellen dürfte.

Es werden sich in allererster Linie die Mitglieder daran gewöhnen müssen, daß unsere Streiks so lange keinen oder nur sehr geringen Erfolg haben werden, so lange wir dieselben auf eine oder zwei Firmen beschränken, die im Unternehmerverband vortrefflich — uns zur Nachahmung empfohlen — organisiert sind und die mit Leichtigkeit von den anderen Unternehmern über Wasser gehalten werden. Es ist doch eine bekannte Thatsache, daß auch unsere Unternehmer sich mit Lieferung von Waaren gegenseitig ausbilden, in dem gemeinsamen Haß, den unsere wirtschaftlichen Antipoden gegen unsern Verband haben, schwinden alle kapitalistischen Profitgedanken und jeder Konkurrenzneid. Um nur ein besonders grelles Beispiel anzuführen, diene Nachstehendes. Bei dem Streik in zwei norddeutschen Steingutfabriken wurden die Streikenden von den Mitgliedern einer nicht allzu entfernten Zahlstelle trotz sehr schlechten Geschäftsganges nach Möglichkeit und unter eigenen Opfern unterstützt. Mitten in diesem flauen Geschäftsgang kam plötzlich eine Bestellung von ungefähr 150 000 Teller, die recht schnell geliefert werden mußten. Es ließ sich naturgemäß nicht kontrollieren, von wem der Auftrag war, daß aber diese Teller jenen aus den Streikorten so ähnlich sahen, wie ein St. dem andern, so ist der Zusammenhang wohl gegeben. Während die Streikenden von den Kollegen der Nachbafabrik materiell unterstützt worden sind, ist aber auch von diesen selben Kollegen ihre Arbeit gemacht worden. Und solche Beispiele lassen sich duzendweise anführen. Daher erwächst für uns die Pflicht, unsere Streiks auszudehnen, zu vergrößern, mit einem Wort gesagt, sie als Branchenstreiks zu organisieren. Mit der Ausbreitung unserer Streiks verlieren aber auch unsere professionellen Streikbrecher ihre Macht, denn diese Spezies „Kollegen“ können wohl zu ein und derselben Zeit ein oder zwei Fabrikanten ihre gern ge-

sehenen Schuldenliste zur Verfügung stellen, nicht aber 10 oder mehr Unternehmern zu gleicher Zeit.

Durch wen haben denn unsere Genossen in der Violatorenbranche ihre vorjährigen Erfolge errungen, denn doch nur durch ihren Zusammenhalt, welcher verhindert hat, daß die Unternehmer sich gegenseitig helfen konnten.

Und nun möchte ich noch auf einen Uebelstand hinweisen, der ebenfalls abgeändert werden muß und dies betrifft die Unterstützung Unorganisierter. Schon die Rudolstädter Generalversammlung hat einen diesbezüglichen Entschluß gefaßt, daß derselbe bis heute nicht in Wirklichkeit umgesetzt wurde, darüber wird unser Vorstand noch Gelegenheit finden, Rede und Antwort zu stehen. Meines Erachtens gebührt den Unorganisierten kein Pfennig, denn wenn diese Auchkollegen und „Kolleginnen“ in Zeit der Differenz und der Noth dennoch ihre Unterstützung erhalten, so kann man es ihnen nicht verdenken, wenn sie „schwarz“ bleiben. Ist aber ein Streit überhaupt nur ausführbar wenn die Unorganisierten uns die Gnade erweisen, mitzutun, so ist dessen Leitung für uns schon von allem Anfang an entwunden, denn dann bestimmen nicht wir mehr den Gang der Sache, sondern die Unorganisierten und wir sind ihnen mit unserm „Geldsack“ auf Gnade und Ungnade ergeben. Zwingen uns aber doch etwaige Verhältnisse, mit Unorganisierten einen Streit zu führen, so dürften dieselben aber erst nach erfolgter Anmeldung zum Verband und nach Unterschreibung eines Reverses, nach welchem sie die empfangene Unterstützung nur als Darlehen betrachten, wenn sie vor Beendigung des Streiks „abspringen“, Unterstützung erhalten. Derartige Zwangsmaßregeln werden in Zukunft nothwendig werden, wenn wir bei den „Schwarzen“ überhaupt noch etwas erreichen wollen.

Aber auch die Taktik bei Beginn eines Abwehrstreiks halte ich für verfehlt. Zur Zeit befolgt unser Hauptvorstand die Methode des Abwartens, nach dessen System soll sich erst durch 8—14 Tage die Meinung der Mitglieder „klären“ und „fest werden“. Schreiber dieses ist es als Vorsitzenden einer großen Zahlstelle passiert, daß bei einer Lohn-differenz auf eine am Montag aufgegebenen Depesche die nächsten Tage überhaupt keine Antwort eintraf, erst nach abermaligem Telegraphiren traf Freitag Antwort ein. Daß in solch' langer Frist der Unternehmer und seine Handlanger alles versuchen, um die Mitglieder einzuschüchtern, bedarf wohl keiner weiteren Ausführung. Ein altes Sprichwort sagt: „Die beste Waffe ist der Hieb“ und noch nirgends hat sich dieses so bewährt, als bei Abwehrstreiks. Lassen wir den Mitgliedern erst ein oder zwei Wochen Zeit, sich mit der Möglichkeit einer Lohnreduzierung oder einer sonstigen Zamm-rung vertraut zu machen, so werden wir in 10 von 10 Fällen stets Fiasko erleben. „Auf einem groben Klotz, gehört ein grober Keil“ und auf eine Lohnreduzierung eine fastige zeitliche Antwort. Indem ich diese Reformideen unseren Mitgliedern unterbreite, schreibe ich mich den Wünschen des Gen. John an, daß aus diesem Meinungsaustausch unser Verband neu gefestigt und gestärkt hervorgehen möge, uns zu Nag, dem Geldsack zum Trug. Und darum Kollegen, prüfet Alles und behaltet das Beste.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Dem Mitgliede Arthur Bartholome, Maler, ist das Beitrags-Quittungs-Buch Nr. 24 402 gestohlen worden. Die Herren Zahlstellenkassierer werden ersucht, sofern ihnen

das Buch vorgelegt wird, dasselbe einzubehalten und an den Untergezeichneten einzusenden.

W. Herden, Verbandskassierer.

72. Verbands-Sitzung vom 16. 7. 1901.

Der Schriftführer Schneider ist beurlaubt. Redakteur Zahn und Revisor Poeschlberger theilnahmen an der Sitzung.

Der Vorstand nimmt Kenntnis davon, daß Genosse Quoe sich wieder krank gemeldet hat. Ein kurzer Besuch habe diesen überzeugt, daß er absolut noch nicht im Stande ist, seine Kurrausfallszeit wieder aufzunehmen. — Von Mannheim liegen die zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern getroffenen Abmachungen im Original vor, und läßt der beigegebene Bericht hoffen, daß nach längerem Schmelzstellen nun doch eine endgültige Verständigung gefunden wurde. Es wird daher die über Mannheim vorhängte Sperre aufgehoben. — Ein Antrag, über eine Firma in Schwelm die Sperre zu verhängen, wird abgelehnt. — Die Zahlstelle Mitteldeutsch beantragt, den Vorsitzenden nach dort zu delegieren, da sich die Reise sehr gut an die nach Döplitz zum Untervorstand anschließen lasse. Die Erfüllung des Antrages soll in Aussicht gestellt werden. — Von Althaldensleben liegt der Antrag vor, zu einer für den 21. Juli geplanten Versammlung einen Referenten zu entsenden, da die Zahlstelle beschränkt muß, infolge der Extrabeiträge einige Mitglieder zu verlieren. Der Vorstand lehnt das ab. Was er zur Begründung der Extrabeiträge hat thun können, ist längst geschehen, und muß es der Zahlstelle überlassen bleiben, solche Mitglieder, welche sich weigern ihrer unabweislichen Pflicht nachzukommen, entsprechend aufzutreten. Sofern es sich um Mitglieder handelt, die sich grundsätzlich jeder fernem Einsicht verschließen, wäre auch die Abgabe eines Vorstandsvertrages vergeblich. — Von Gräfenroda war dem Bureau ein anonymes Schreiben zugegangen, in welchem den zur Zeit noch ausgesperrten unrechtmäßige Ausnutzung der Karte zum Vorwurfe gemacht wurde, da mehrere derselben überhaupt nicht mehr erworben seien. Auf Nachfrage des Schriftführers wurde die Verwaltung werden die erhaltenen Mittheilungen zum Theil bestätigt, der Vorstand glaubt aber, daß die Sachlage doch eine andere Beurteilung verdient, willigt daher in die Auszahlung für eine Woche rückständiger Unterstützung und soll die Zahlstellenversammlung sich mit der Angelegenheit beschäftigen, zu welchem Zweck ihr eine Abschrift des anonymen Schreibens zugesandt werden soll. — Dem Mitgliede 23 870 Sammet in Hehau war „Umzugskosten nach Fischen bewilligt, dasselbe hatte aber noch Beitragsscheine zu begleichen und der Bibliothek ein Buch juristischen oder zu versehen. Gegen die durchaus sachgemäßen Maßnahmen des Zahlstellenkassierers zum lössmäßigen Ausgleich der Beiträge sträubt sich das Mitglied und beantwortet dieselben mit Beleidigungen. Der Vorstand beschließt daher, sich auf eine Abrechnung der Schuld vom Betrage der Umzugskosten nicht mehr einzulassen, sondern die Auszahlung von der vorherigen Erfüllung der Verpflichtungen des Mitgliedes abhängig zu machen. — Dem Mitgliede 7274 in Untermyhaas war früher beantragte weitere Unterstützung verweigert worden. Dasselbe beantragt nochmals die Nachgewährung der Unterstützung, die aber vom Vorstande abgelehnt wird, da die Gründe, die zur Ablehnung führten, in keiner Weise widerlegt sind. — Mitglied 10 866 wünscht unter Wahrung des Anspruches auf Jahre- und Umzugsgelder die Arbeit freiwillig aufgeben zu dürfen. Dies wird nach Lage der Sache abgelehnt. — Dem auswärtigen Mitglied der Zahlstelle Berlin II 21 861 wird, weil selbiger die Arbeit freiwillig aufgegeben hat, die beantragte Unterstützung verweigert. — Dem Mitgliede 4354 und 21 800 in Kronach wird ein Theil noch nicht bezahlter Gebühren für ihren Rechtsbeistand bewilligt. — Mitglied 4089 Kronach beantragt an Stelle der einfachen Arbeitslosen-Unterstützung Differenz-Unterstützung, was abgelehnt wird, da der Vorstand der Meinung des Mitgliedes über den Beizahl einer Differenz im Sinne des Statuts nicht beitreten kann. — Beantragter Rechtschutz für Mitglied 990 in Rahlitz wird wegen ungenügender juristischer Gutachten abgelehnt. — Dem Mitgliede 18 243 Frankfurt an der Oder war wegen ansehender angestrebter Vermählung nach anderer Arbeit die Fortzahlung der Unterstützung verweigert worden. Nach neueren Darlegungen des Mitgliedes wird diesem die bisher fällige Unterstützung am Orte nachbewilligt und für den Rest der Unterstützungsdauer Restemarle gewährt. — Von Rudolstadt ist das schriftliche Urtheil aus dem Schwurgerichtspröze eingegangen und wird dasselbe zur Kenntniss genommen.

G. Wollmann, Vorsitzender.

Aus unserm Berufe.

— Im Anschluß an unsere Mittheilung in voriger Nummer über den Ausgang der „Affäre“ bezüglich des „festgelegten“ Verbandsvermögens, können wir heute mittheilen, daß auf Bericht des Kassierers in

Letzte Vorstandssitzung das Vermögen nun „locker“ gemacht worden ist. Der Betrag von 116 200 Mk. in Wertpapieren und 3497 Mk. in baar als Zinsen, ist am Freitag, den 26. Juli von der Reichsbank abgehoben worden. In der am selben Abend stattgefundenen Vorstandssitzung wurde beschlossen, das Vermögen sofort wieder bei der Reichsbank niederzulegen und zwar auf die Namen von 3 Personen: Herden, Wolmann, Rosenecker. Ueber die Bedingungen, die eine Sicherung des Verbandes bezwecken resp. eine Wiederholung stattgefundenener unliebsamer Vorkommnisse unmöglich machen sollen, will der Vorstand in nächster Sitzung beschließen. Bezüglich der in Aussicht gestellten Veröffentlichungen des Vorstandes über den ganzen Verlauf der Angelegenheit wurde mitgeteilt, daß dies geschehen wird, sobald die Abschrift des Urtheils des Landgerichts und anderer zur Sache gehörigen Dokumente in den Besitz des Vorstandes gelangt sind.

— **Stützensteinach.** Kollegen, welche gesonnen sind, hier in Arbeit zu treten, werden ersucht, sich im eigensten Interesse erst bei der hiesigen Zahlstellenverwaltung um die örtlichen Verhältnisse zu erkundigen.

— **Hannu.** Wer von den Kollegen sich bei der Firma Kerkmann, früher Stennes, um Arbeit bemüht, wird gebeten, sich vorher bei der hiesigen Zahlstellenverwaltung Erkundigungen einzuholen.

Daß für beide obigen Zahlstellen Gründe vorliegen, die das Wots berechtigt erscheinen lassen, bezweifeln wir nicht; angenehmer für uns und sicher auch für die arbeitssuchenden Kollegen mehr von Vortheil, wäre es aber gewesen, wenn die betreffenden Zahlstellenverwaltungen sich etwas näher über die bestehenden Mißstände ausgelassen hätten. Wir wollen hoffen, daß dies nachgeholt wird und wir in die Lage versetzt werden, etwas eingehender unter dieser Rubrik der Kollegenschaft thatsächlich bestehende Uebelstände beleuchten zu können.

— Die Zahlstelle Stadtengsfeld warnt Blauler, dort Engagement zu nehmen und stellt Näheres hierüber für nächste Nummer in Aussicht. — Nachträglich geht ein Telegramm ein, daß dort auch für Isolatorendreher Lohn Differenzen bestehen, drei derselben sind gekündigt worden. Vorsicht!

— **Kollegen in Berlin und Umgegend!** Am Sonntag, den 11. August, Vormittags 11 Uhr, veranstalten die Gesangsvereine: Buchbinder-Männerchor Leipzig, Männer-Gesangsverein Liberté Dresden und Buchbinder-Männerchor Berlin im großen Saale der Brauerei Friedrichshain (am Königsthor) eine große Gesangsmatinee.

Der Männer-Gesangsverein Liberté in Dresden setzt sich zusammen aus dem früheren Männer-Gesangsverein der Porzellaner und dem früheren Buchbinder-Männerchor.

Es werden mithin zu dieser Matinee eine größere Anzahl unserer Dresdener Kollegen als Sänger am obigen Tage erscheinen, außerdem werden sich der Fahrt nach hier auch sonst Kollegen aus Dresden anschließen. Es wird deshalb den Berliner Kollegen nicht nur vergönnt sein, die bekanntlich gediegenen Gesangsvorträge der Berlin, Leipzig, Dresdener Männerchöre beim Besuche der Matinee anhören zu können, sondern sie werden auch Gelegenheit haben, in Stündchen mit Porzellanern von Dresden in „Garnüchlichkeit“ beim „Copp Bier“ plädieren zu können.

Wir ersuchen die Kollegen Berlins, Charlottenburgs und Spandaus, sich den oben bezeichneten Sonntag zum Besuche dieser Matinee reservieren zu wollen und zahlreich zu erscheinen, den Dresdener Kollegen dadurch zu erkennen gebend, daß sie den Berliner Porzellanern willkommen sind.

Programme à 30 Pf. sind in der Redaktion der „Ameise“, Engelauer 15 II zu haben. An der Kasse, die um 10 Uhr geöffnet wird, kosten Programme 40 Pf.

— Der „Keramisk Forbund“ in Kopenhagen warnt hiermit alle Maler und Gypsiker Arbeit beim „Danske Amerikansk Exportforretning“ von Viggo Astrup, Vestergarde 6, Kopenhagen, anzunehmen. Die Verhältnisse sind dort derartige, daß ein Auskommen nicht möglich ist. Der „Keramisk Forbund“ zählt an Mitglieder, die trotzdem dort in Arbeit treten, weder Fahrkosten noch Unterstützung. Die deutschen Kollegen wollen obige Warnung gut beachten.

Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— Zur Notiz in Nr. 29 **Gewerbe-gerichte** betreffend, theilt uns die Verwaltung der Zahlstelle Bayreuth mit, daß derselbst ein Gewerbegericht bereits am 1. April 1900 errichtet worden ist. Das Gewerkschaftskartell hatte hierzu die Anregung gegeben.

— **Wirtschaftliche Rundschau.** In Deutschland hat sich augenblicklich die kritische Lage am meisten zugespitzt. Wie es in den letzten Jahren neben den Vereinigten Staaten an der Spitze des Aufschwunges stand, so treten jetzt bei ihm die Folgen der Produktionsausdehnung und Ueberspekulation am schärfsten auf.

Zeitlich sind ihm allerdings andere Länder vorausgegangen.

Japan befindet sich seit längerem schon in jener gedrückten Stimmung und Lage, die dem wirtschaftlichen Kaufs zu folgen pflegen. Mit der ganzen Unternehmungslust eines jungen, selbstbewußten Landes hat sich Japan in die gewagtesten Gründungen von Fabriken, Verkehr und Handelsunternehmungen hineingestürzt, ohne daß die Ausbildung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse einem solchen Phantomsfluge zu folgen und einen entsprechenden dauernden Absatzmarkt zu schaffen vermochte. Die Stockung und Krisis vermag Japan um so schwerer zu überwinden, als es für seine ökonomischen Fortschritte fast ganz auf fremdes, ausländisches Kapital angewiesen war und dieses nunmehr in ärmlicher Weise sich zurückhält. Indeß wirkt diese Misere im fernsten Osten nur sehr mittelbar — durch den Druck auf Ausfuhrgewerbe und Schifffahrt — auf die europäischen Zustände zurück.

Folgeschwerer entfaltete sich hier schon die katastrophale Entwicklung in Rußland. Hier ist der Kampf schon frühzeitig eingeleitet; die Rohlennoth, die ostasiatischen Wirren, das vorläufige Scheitern der Hoffnungen, die man auf die Eröffnung des großen östlichen Schienenwegs gesetzt hatte, haben die Wirkungen des Zusammenbruchs noch verschärft. Am tiefsten wird jedoch Rußland noch immer durch seine landwirtschaftlichen Mißstände aufgewühlt, und allem Anscheine nach sikt bei hunderttausenden ewig darbenender Bauern wieder einmal der leibhaftige Hunger und die Hungernoth am Tische. Nur der Staat vermag gegenwärtig durch neue Pumpversuche bei gefälligen politischen Freunden den allgemeinen Rückgang etwas zu lindern. Freilich auch hier sind die ausländischen Geldgeber bedenklich geworden, da der gefräßige Militarismus trotz aller Friedensabgebungen des Zaren gewöhnlich wenig für die Kulturausgaben übrig läßt und da auch der russische Staatshaushalt durch den Stillstand der Industrie und den Fehlschlag der Ernten auf das Tiefste erschüttert werden muß. Aber Rußland hat den einen Vortheil, daß es noch immer ein schwach entwickeltes industrielles Land ist und daß in einem vorwiegend ländlichen Reiche die Katastrophen mehr in engerem Kreise sich abspielen und nicht sofort in tausendfachen Zusammenhängen durch alle Gewerbezweige sich unaufhaltsam fortpflanzen.

Frankreich zeigt weiter die eigenartige Stellung, durch die es seit ein paar Jahrzehnten bereits mehr und mehr charakterisiert wird. Es entwickelt nicht die industrielle Initiative, die vor allem Amerika und Deutschland einfallen. Das französische Volk mag politisch recht revolutionär sein, ein Volk großer ökonomischer Revolutionen ist es kaum je gewesen und heute sicherlich weniger wie sonst. Jedoch, es hat eine fleißige, sparsame häuerliche und gewerbliche Bevölkerung, deren Ersparnisse Anlage suchen und die Frankreich zu einem internationalen „Goldreservoir“ zu einem bereitwilligen Geldgeber nicht bloß für Rußland, sondern auch für alle großen Zentralbanken, für alle möglichen Staaten

in der Finanzklemme, für Eisenbahn, Kanal, Plantagen und Fabrikgründungen an den verschiedensten Ecken der Erde gemacht haben. Das führt zeitweilig zu finanziellen Zusammenbrüchen von ganz ungewöhnlicher Art und Ausdehnung — man denke nur an den Panamastandal. Aber die eigentlichen Produktionskräfte hat Frankreich im letzten Menschenalter viel weniger ausgetostet, weil die Produktionsumwälzungen sich bei ihm in bedächtigerem Tempo vollzogen.

England hat ebenfalls beim letzten Aufschwung mehr — wie man sagt: eine „solide Entwicklung“ durch gemacht. Vielleicht hat auch der südafrikanische Krieg zuletzt mäßigend eingewirkt, indem er der Produktion zahlreiche Arbeitskräfte entzog, während er zugleich manchen Industriezweigen vorübergehend vermehrten Absatz sicherte. So ist England wohl auch in ein langsame Abwärtsgeiten seit etwa einem Jahre gerathen und die Periode des Aufschwunges hat ihren Umschlag erlitten; zu einem ernstlichen, halbbrechenden Abstrich ist es jedoch noch nicht gekommen. Auch die bekannten werthvollen Arbeitslosen-Überflüsse der „Arbeitslosigkeit“ zeigen das deutlich: die Kurve der Arbeitslosigkeit steigt zwar seit Anbeginn des Jahres 1900 dauernd höher wie im Vorjahre, aber ebenso steht sie andauernd tiefer und günstiger wie im Durchschnitt der 10 Jahre 1891 bis 1900. Ende Juni bezeichnete man bei 145 berichtenden Gewerkschaften (mit 541 651 Mitgliedern 18 605 Unbeschäftigte, also 3,4 pSt. Das ist nach früheren englischen Erfahrungen noch immer mäßig und erträglich zu nennen.

Andererseits in den Vereinigten Staaten und in Deutschland.

Die Vereinigten Staaten sind vielleicht am tollsten vom Laune des Aufschwunges erfaßt gewesen. Der heimische Absatzmarkt war ihnen längst schon zu eng für viele ihrer Industriewaren. Indeß auch für das anlagestuchende Kapital wurden die heimischen Grenzen zu eng: Cuba, Porto Rico, die Philippinen mußten sich dem Kapital unter dem Sternbanner unterwerfen. Der äußeren Expansion entsprach die Belebung und Erstarbung aller industriellen Produktionskräfte im Innern. Vor einem Jahre setzte der erste Krisensturm über diese Treibhausblüthe dahin. Der amerikanische Zusammenbruch zog damals erst den Aufschwung in Europa nach sich. Dennoch geschah das Unglaubliche: die amerikanische Börse, die Produktion erhobte sich dem amerikanischen und dem Schreck; eine neue Aera der Spekulation, der Trübbildung, des Aufstrebens thums setzte ein. Freilich, auf wie lange? Heute hat sich mit jeder Woche der Himmel immer finsterner umzogen und man wundert sich eigentlich über jeden Tag, den man dem sicheren Verhängniß noch abgewonnen hat. Nur die reiche Ernte hält die Hoffnungen noch aufrecht.

Für Deutschland dagegen sind die schwarzen Tage nicht wieder gewichen. Im letzten Monat haben sie sich vollends in bedrückender Weise vermehrt.

Der Dresdener Kreditanstalt und den Dresdener Elektrizitätswerken ist am 25. Juni die Leipziger Bank hinab in den Ortus gefolgt.

Die Nachricht von der Insolvenzerklärung kam der Börse völlig überraschend. Der Eindruck war viel tiefer, als beim überrassenden Crash, weil die allgemeine Stellung der Leipziger Bank und ihre Beziehungen zur vielverzweigten sächsischen Industrie ganz andere waren.

Sie verfügte über ein Aktienkapital und Reserven von zusammen 63 Millionen Mark, sie gehörte einst zu den solidesten und angesehensten Bankinstituten Deutschlands; auch das Vorrecht der Notenausgabe hat sie einst befreuen. Seit 1890 begann eine stufenweise Entwicklung und in dem Direktor Kraer hatte die Bank einen wohlthätigen Glücksritter an der Spitze. 1890 wurde das Kapital von 18 auf 24 Millionen Mark erhöht, 1896 bereits auf 32 Millionen und 1898 auf 48 Millionen. In der Zeit der Steigen; es gelang der Verwaltung jedesmal, ihre Aktien zu einem höheren Kurs herauszubringen von der letzten Emission soll sich allerdings noch ein ansehnlicher Theil in den Händen des Garantiefonds befinden. Es handelt sich also um ein hervorragendes Unternehmen, das speziell für das industrielle reiche Sachsen, so für die Chemiker und Plauenener Industrie, im Mittelpunkt des Bankverkehrs stand.

Dazu traten die sensationellen Zwischenfälle bei der Katastrophe. „Ungeheure Aufregung“ — schrieb das „Leipziger Tageblatt“ — bemächtigte sich der hiesigen Geschäft- und Handelskreise, als die Zahlungseinstellung der Leipziger Bank bekannt wurde; es entstand eine ungewöhnliche Menschenansammlung im Bankgebäude selbst und auf der mit Schulreuten besetzten Klosterstraße. Die ein Haufen verdrängte sich die Nachricht von dem augenblicklichen Zahlungsstockung des Bankinstituts und wirkte niederschlagend auf Handels- und Finanzwelt ein. Von allen Seiten allen betroffenen Privatpersonen wurde Einholung eines Aufschlusses herbeigeführt. Das Ereigniß hat den heimischen Play schwer erschüttert. Am Tage darauf hatten fast alle Banken in Leipzig und in Sachsen einen Ansturm der erschreckten Gläubiger und Einleger auszuhalten. Am 27. Juni nahm der Staatsanwalt den Direktor Kraer in strengerem Verwaltersam. Die Leipziger Bankaktien notirten in Berlin 10 1/2, das heißt

120 1/2 pCt. unter der letzten Notiz. Am 28. Juni wurde auch Direktor Genschow verhaftet — er ist später nur gegen hohe Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt worden —, das Vermögen der Direktoren und der meisten Aufsichtsräte wurde mit Beschlagnahme belegt. Am nächsten Tage beging der Leipziger Bankier Krobmann Selbstmord. Bald darauf erschoss sich der Kaufmann Schöfer, ein Mitglied des Aufsichtsrates, in seiner Wohnung. Zahlreiche Leipziger Notable legten ihre öffentlichen Ehrenämter freiwillig nieder, um es später nicht unfreiwillig thun zu müssen. Später erfolgte auch die Verhaftung des Aufsichtsrates Dodel.

Soweit hätte man noch ein menschliches Mitleiden fähig können. Die heftige Enttäuschung brachte jedoch aus, als man erfuhr, in welcher Weise die Leipziger Bankleitung das ihr anvertraute Kapital verpulvert hatte: sie hatte der Kasseler Treberggesellschaft, einem Treiber blutiger Gründungen, über 85 Millionen Mark Kredit gewährt. Sie war der eigentliche finanzielle Rückhalt des Rattenkönigs von Unternehmungen gewesen, der sich aus der Kasseler Zentrale hinaus entwickelt hatte und der sich jetzt unter stehendem Verwesungsgeruch auflöste.

Altiengeellschaft für Trebertrodung, das klingt kaum, als könne eine einzige Bank einige 80 Millionen Mark darin unterbringen! Aber die Kasseler Gesellschaft, die ursprünglich als kleines Unternehmen Viertreiber und Nebenmittel einer besseren Verwertung zugeführt hatte, war längst zu höheren Aufgaben übergegangen. Sehr reelle Bedürfnisse und technische Fortschritte, und allerlei utopischer Schwindel hatten die Tätigkeit dieser Gesellschaft schon früher gekennzeichnet, zuletzt jedoch war alles reinster Schwindel geworden.

Es ist bekannt, wie bei einer Reihe von Industrien, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiten, besonders bei den Gährungsgebeten an sich sehr werthvolle Rückstände verbleiben, die jedoch weiter gähren und sich zerlegen, und darum rasch vergänglicher Art und an einen engen, lokalen Absatz gebunden sind; was an Ort und Stelle nicht verbraucht werden kann, wird zum toten, werthlosen Abfall. Die Schlempe der Kartoffelbrennereien, die Schmelze der Zuckerfabriken waren von jeher als Futtermittel für die Mast- und Milchwirtschaft geschätzt; alle diese landwirtschaftlichen Nebengewerbe stehen daher mit starker Abhängigkeit in Verbindung. Die Genossenschaftsform hat sich hier wesentlich deshalb so stark ausgebildet, weil die Viehhalter der umliegenden Güter und Dörfer Werth darauf legen, sich für ihr Mast- und Milchvieh einen Rathel an den Rückständen zu sichern. Indeß, diese Abhängigkeit im Ration des industriellen Betriebs kann unter Umständen auch nur als notwendiges Uebel anzusehen sein, das man nur so lange mit im Kauf nimmt, wie die Abfälle auf weitere Entfernungen nicht unterzubringen sind. Findet sich ein Verfahren zu ihrer Konservierung, so fällt nicht nur eine lästige Wirtschaftsgebundenheit fort, sondern es erschließen sich vielleicht auch Absatzgebiete, die das Produkt noch viel besser verwenden und viel höher bewerten können.

So mag es denn auch richtig sein, daß die Kasseler Gesellschaft sich mit ihrem Verfahren zur Trocknung der Brauereitreibereien ein unbefristetes Verdict erworben hat. Sie baute die patentirten Trockenapparate, die sie an die Brauereien lieferte; gewöhnlich übernahm sie dann auch den Absatz des erzielten Dauerproduktes, und sie machte sich auch sonst in mancherlei Weise nützlich. Das genügte jedoch ihrem Ehrgeiz bald nicht mehr. In allen Provinzen, im Inlande wie im Auslande, gründete sie Tochterunternehmungen, die irgend ein neues Patent, das man in Kassel erworben hatte, für ihr Gebiet ausbeuteten und für deren Erzeugnisse die Kasseler Zentrale meist abermals als Verkaufsorganisation diente. In Bosnien, bei den Winterwäldern, wirkte eine solche Zittelgründung, um der Welt die werthvollen chemischen Rückstände bei der Holzverkohlung nicht entgehen zu lassen; um den Betrieb auf die Höhe der Zeit zu bringen, mußte die Schudert'sche Elektrizitäts-Gesellschaft in Nürnberg heranziehen, um die reichen Wasserkräfte der benachbarten Seen und Gewässer auszunutzen. Gerade auf Grund des Holzdestillationspatentes waren in den letzten Jahren die meisten Tochterunternehmungen entstanden, die man in Schweinfurt, Weiskammer in Schleien, Hamburg, Wien, Bemberg, Helsingfors in Finland, Illawa in Ungarn, in Rußland, in Nantua in Frankreich und noch anderwärts vorfindet. Es gehört eben die letzte Spekulationsperiode dazu — wo das kleine Kapital jedem Stattenfänger kühnlich gläubig nachläßt — um solche zeitweiligen Erfolge verschaffen zu können. Heute, in dieser Mittelschwärze, wundert man sich natürlich, wie — so etwas möglich war. In ein paar Jahren hatte die Kasseler Gesellschaft ihr Aktienkapital von 1/2 auf 20 Millionen Mark erhöht. Um das Publikum anzulocken, wurde unter gewaltigem Lam-Lam der Kurs zu schwindelnder Höhe emporgetrieben, Dividenden wurden bis zu 50 pCt. ausgeschüttet. Das Patent Bergmann über Holzdestillation begegnete von vornherein starken und begründeten Zweifeln. Aber je heftiger die Angriffe, um so dreister wurde das Aufstreben der Treiber. Wahrscheinlich, noch niemals haben Verbrecher und Wahnsinn in solcher Weise mit fremden Gut wirtschaften können. Und viel zu lange schon zögerte die

irische Gerechtigkeit, hier ihres Amtes zu walten.“ So schrieb in heftiger Empörung die „Voss. Zeitung“, die allerdings für sich in Anspruch nehmen kann, den Schwindel bereits offen besprochen zu haben, als andere Blätter noch flüschwiegten.

Auch hier hat der Staatsanwalt eingreifen müssen. Direktor Schmidt war geflohen; den Aufsichtsrath Sumpf verhaftete man, auch über sein Vermögen ist der Konkurs eröffnet.

Das Alles hat den Börsenwerthen abermals einen furchtbaren Stoß versetzt. Das „Publikum“, auf dessen Veranlassung in guten Zeiten die Böse einen so großen Werth legt, um auch die kleinsten Kapitalstücke und die leihen Sparhälter in den Strümpfen für die Börsenfüßlinge mobil zu machen und auszuschöpfen — dieses selbe Publikum ist in kritischen Zeiten ein recht böses Anhängsel. Es verliert beim ersten Schreckschuß jede Ruhe und kühle Ueberlegung. Wenn der erste Mann fällt, reißt es in seiner Panik auch noch die paar Verlorenen in seine Flucht mit fort. So ist denn auch jetzt kein Halten bei den ehemals gesuchtesten Industrie- und Bankwerthen mehr möglich; das Publikum wirft diese Werthe mit Verlusten ab, weil es später noch größere Verluste fürchtet. Sinken unter solchen Umständen die Kurse, dann werden auch die noch ruhig gebliebenen ängstlich, und so treibt ein Keil den anderen. Zum Theil handelt es sich auch um unfreiwillige Verkäufe, weil die Banken, um die eigene Stellung zu festigen, die solange und überreichlich gewährten Kredite einschränken. Wie es heißt, wirkte auf die Banken hierbei ebenfalls vielleicht ein Druck von außen: Die ausländischen Geldplätze, die bisher willige Abnehmer deutscher Bankwechsel gewesen waren, haben diesen Verkehr eingeschränkt und so die deutschen Banken gezwungen, besser für sich selber und für eigene, jederzeit liquide Mittel zu sorgen.

Nur für die allergrößten und mit den allerreichsten Hülfsmitteln ausgestatteten Banken ist die kritische Zeit eine Periode neuer profitabler Thätigkeit: man sanirt und läßt sich dabei gut bezahlen, auch wenn man dem Ertrinkenden nur einen Strohalm reicht; man springt als theurer Helfer in der Noth in die Lücken, welche die Krisis im Augenblick gerissen hat, ohne daß logischer Ersatz da wäre. So hat die Deutsche Bank sofort Filialen in Leipzig und Dresden eröffnet, um den Kreditbedarf der bisherigen Kunden der Leipziger Bank und der Dresdener Kreditanstalt nach Möglichkeit zu decken.

Damit wird auch der Prozeß rascher fortschreiten, der bisher durch die sächsische Sonderbank und die alten eingewurzeltten Geschäftsverbindungen in Sachsen verzögert und verhindert wurde: nämlich die engere Angliederung der sächsischen Industrie und des sächsischen Geschäftslebens an die Berliner Banken und Börsenkönige. Berliner Blätter plaudern auch diese Hoffnungen offen aus: „Sachsen ist ein industriell hoch entwickeltes, reiches Land. Aber ein gewisser Partikularismus besteht dennoch weiter. Diese Abschließung zeigt sich speziell auf finanzwirtschaftlichen Gebieten. Sächsische Behörden empfinden, selbst bei erdrückender Geldfülle, eine gewisse Scheu, ihr Mittel jenseit der grün-weißen Pfähle anzulegen. So halten sich auch Privatunternehmungen am liebsten an den partikularen Geldmarkt. Hätte die Dresdener Kreditanstalt nicht vorzugsweise im eigenen Lande ihren Kredit gesucht, dann hätten sie die kolossalen Kummerwechsel nicht so lange dem Verkehr verbergen können. Das gilt in noch höherem Grade von der Leipziger Bank. Von den 20 Millionen Mark Wechseln, die dieselben für die Treberggesellschaft weiter gab, waren in Sachsen über drei Viertel untergebracht, also der Kontrolle des internationalen Geldmarktes entzogen. Ja, es soll, wie mitgetheilt wird, selbst ein königlich sächsisches Institut ca. 11 Millionen Mark in Akzepten der Treberggesellschaft angelegt haben; auch andere, sonst sehr vorsichtige Institute, sollen beträchtliche Engagements dieser Art angenommen haben. Solche Vorkommnisse würden unzulässig werden, wenn man sich in Sachsen entschließen wollte, Berlin als Clearing (als Geschäftszweckungsmittelpunkt) zu betrachten. Dann würden in Masse auftauchende faule Wechsel sofort aufgegriffen und an der richtigen Stelle aufgestellt werden. Die geschilderte finanzielle Abschließung Sachsens erklärt es auch, daß man selbst in hiesigen (Berliner) Bankkreisen von der Höhe der Treber-Engagements der Leipziger Bank überrascht wurde. Erst als bei der Leipziger Bank die Noth aufs höchste gestiegen war, wandte man sich nach Berlin.“

So beschleunigt gerade die Krise wieder die Zentralführung. Die kleinen Banken brechen zusammen oder gerathen unter die Herrschaft der Großbanken; die kleineren Geschäftsmittelpunkte werden immer abhängiger von der großen Reichszentrale.

In der letzten Session vor immer wieder, daß diese aufregenden Vorgänge auf dem Gebiete der Bank- und Börsenthätigkeit niemals unmittelbare Rückschlüsse auf die Verhältnisse in der Produktion gestatten. Sie sind niemals ohne Zusammenhang mit der Produktion und wirken ihrerseits auf die Produktion zurück, aber sie

spiegeln die Entwicklung der Produktion in ihrer eigenen Weise und oft in sehr verzerrter, entstellter Form wieder.

Was die Produktion selber anbelangt, so wird man hier nur von einem weiteren Abbröckeln reden können.

Kennzeichnend für die ganze Lage ist aber der Beschluß des Coalsyndikats vom 9. Juli: Die Produktions-einschränkung für das 3. Quartal von 25 auf 35 pCt. zu erhöhen. Der Ausfall an wirklich abgenommenen Mengen im ersten Semester hat, im Vergleich zu den Abzifferungen, allein bei den Hochofenwerken 221 000 Tonnen betragen; eine größere Anzahl von Hochöfen wurden, wie der Vorstandsbereich hervorhob, niedergebunden und das Mißverhältniß zwischen Nachfrage und Produktion von Coalsyndikat sich trotzdem zu Berücksichtigungen wird versehen müssen, geht wohl aus der Thatfache hervor, daß die preussische Staatsbahnverwaltung mit nichtinduzierten Werken zu günstigeren Preisen Abzifferungen getroffen hat.

Das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat räumte sich noch vor ein paar Tagen, sein Preisniveau auch in Zukunft ausrecht erhalten zu können. Heute ist man schon viel kleinerlauter und stellt wenigstens eine Preisermäßigung für das nächste Jahr als erwägenswerth hin, da bis zum 1. April noch viele Kohlenabzifferungen zum früheren festgelegten Preise laufen. Aber die Frage ist eben, ob man diese unter ganz anderen Voraussetzungen abgeschlossenen langfristigen Verträge weiter durchsetzen kann.

Das Kalisynikat, das schon gefährdet schien, ist Ende Juni doch auf drei Jahre verlängert worden (bis Januar 1903).

Das nord-west-mitteldeutsche Zementsynikat steht infolge des Konkurrenzkrieges der Außenländer — zum Theil sind es wieder konkurrierende Verbände — vor der Auflösung.

Die letzte Rundschau der Halbmonatsschrift „Arbeitsmarkt“ urtheilt sehr ruhig über die Arbeitsverhältnisse: „Nach dem Ausweisen der Krankenkassen ist im Laufe des Monats die Zahl der Beschäftigten nur ebenso, wie sonst nach den Frühjahrssteigerungen ein wenig zurückgegangen (um 0,4 gegen 0,4 v. S. im Vorjahre). In den öffentlichen Arbeitsnachweisen drängten sich zwar im Juni um 100 offene Stellen 113,7 Arbeitsuchende, während es in dem entsprechenden Monat des Vorjahres nur 108,8 gewesen waren. Aber jene Zahl zeigt im Wesentlichen nur dasselbe Bild, wie der unmittelbar vorangegangene Monat Mai (145,3); d. h. die Lage des Arbeitsmarktes ist zwar gedrückt, aber es sind bis jetzt keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß infolge der Bankkrise dieser Druck sich noch verschärfen könnte.“
Berlin, den 20. Juli 1901.

Mag Schippel.

Versamlungsberichte etc.

Berlin-March. In der letzten Tagessitzung der Versammlung wurde bezüglich des Vorschlages Mehling folgender Beschluß gefaßt: Die Besprechung des Vorschlages von Mehling wird vertagt bis die Anträge zur General-Versammlung vorliegen. Jedem Mitgliede wird empfohlen, sich mit dem Vorschlage zu beschäftigen.

Freienort. In der am 20. Juli stattgefundenen Zahl-Versammlung wurde nach Erledigung der Tagesordnung eine Beschwerte des Genossen K. zur Diskussion gebracht. Genanntes Mitglied brachte vor, daß er vom 27. 5. bis 18. 6. noch Unterstützung zu beanspruchen hätte. Die Unterstützung wurde vom Vorstande mit folgender Motivierung abgelehnt: K. hätte seiner Zeit bei der Firma Bodenstab, Freienort, Arbeit zugesagt bekommen, dieselbe aber nicht erhalten. Mitglied hätte deshalb klagar gegen den Fabrikbesitzer Bodenstab auftreten sollen. Es wäre dieses von K. unterlassen worden, daher könne man ihm keine Weiterunterstützung bewilligen. Das wäre bis auf das eine ganz richtig; Mitglied hätte nur Arbeit versprochen bekommen mit dem Bemerken, wenn es der Betrieb gestattet. Also eine bestimmte Zusage lag nicht vor; es wurde dieses von der Zahlstelle dem Vorstande klar gelegt und sah derselbe auch von einer Klageanstrengung ab, gab aber zugleich als Grund der Ablehnung der Unterstützung an: Mitglied hätte sich während dieser Zeit, wo ihm Arbeit versprochen gewesen, nicht in der genügenden Weise um Arbeit bemüht. Wir fragen, was sagen die Kollegen zu solcher Begründung? Trotzdem dem Vorstand damals sechs Antwortscheine auf einmal zugesandt wurden, beharrte derselbe auf seinem ablehnenden Standpunkte. Jedenfalls sind diese Rückschlüsse über Bemühung nach Arbeit ungelassen in dem Papierkorb gewandert. Was sagen uns solche Artikel in der „Arbeitsmarkt“, wenn er in gemäßigter Weise Mitglieder in dieser Weise im Stich läßt. Ist so etwas geeignet, neue Mitglieder zu gewinnen? Nein, rufen wir! aber jedenfalls nicht allein. Bleibt das Unternehmertum, das ja schließlich auf ein Zerwürfniß der Arbeiter lauert, nicht ihren Ruhm von diesem Vorgehen? Wir sind der Meinung, daß durch dieses Verhalten des Vorstandes das Ansehen des Verbandes auf das Schwärzliche geschädigt wird. Die Versammlung war über das Verhalten des Vorstandes empört und forderte denselben auf, dem Mitglied K. seine ihm mit Recht zuwendende Unterstützung sofort anzu-

weisen, andernfalls diese Angelegenheit dem Schiedsgericht zur Entscheidung überwiesen werden soll. Es wird beschlossen, dieses Protokoll zu veröffentlichen, damit die Kollegen auch wissen, wie man mit uns herumspriecht. Wir wollen hoffen, daß auf diese Weise ein Uebel beseitigt werde, welches dem Verbands ein großer Hemmschuh zu werden droht. (Der Vorstand hat dem Mitgliede die Unterstützung in letzter Sitzung bewilligt, die Angelegenheit ist demnach erledigt. D. Red.)

Mitterteich. Sonntag, den 21. Juli fand im Vereinslokal „Bayrischer Hof“ eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung statt, obwohl nur eine außerordentliche Zahlstellen-Versammlung geplant war; als man jedoch in Erfahrung brachte, daß mehrere unorganisierte Kollegen dieselbe besuchen möchten, so meldete man eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung an. Dieselbe wurde um 2 Uhr 15 Min. Nachmittags eröffnet, und nachdem das Bureau konstituiert, dem Referenten Gen. Laumann aus Wunsiedel das Wort erteilt. Der Vortragende sprach über das Thema: „Warum organisieren wir uns“ in ausführlicher und klarer Weise, so daß er oft mit Bravourrufen unterbrochen wurde. Man fand, daß er in seinem 2 1/2 Stunden währenden Vortrage zu Herzen gesprochen hatte. An der Diskussion über den Vortrag beteiligten sich die Gen. Vent u. Laumann. Hierauf richtete der Vortragende einen warmen Appell an die Versammlung, insbesondere an die noch unorganisierten Kollegen, sie möchten sich der Organisation anschließen und schloß die Versammlung um 4 Uhr, worauf sodann das Lied der Arbeit gesungen wurde. Wir hoffen, daß die Versammlung dazu beigetragen hat, um bald eine größere Mitgliederzahl verzeichnen zu können.

Nürnberg. Die am 27. Juli tagende Zahlstellen-Versammlung beschäftigte sich unter anderem mit dem Flugblatt des Gen. Wehling. Dasselbe sagt dieses Schreiben als Opposition gegen den Vorstand auf und ist ferner der Ansicht, daß diese Art und Weise, den Mitgliedern Vorschläge zur Verbesserung der Organisationsrichtungen zu unterbreiten, nicht schön und statthaft genannt werden kann. Die Zeit würde lehren, daß das so schön zusammengestellte Zahlenmaterial entschieden ansehbar werden und der vorgesehene Etat in Wirklichkeit bald außerordentlich überschritten werden würde. Ferner wäre wohl bestimmt anzunehmen, daß die Agitationserfolge keineswegs bessere und größere sein würden als gegenwärtig. Der Idee des Flugblattes stattzugeben, hieße auf das alte System zurückkommen und die mühevollen Arbeit von Jahrzehnten, den Aufbau der Zentralisation aus vielen kleinen Verbänden, ins Wasser bringen! In Anbetracht dessen wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute tagende Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Nürnberg erklärt zu dem Flugblatt des Genossen Wehling, daß sie in den Vorschlägen durchaus nichts Praktisches, sondern nur Nächstheiliges finden kann. Die Anwesenden bestehen darauf, unter allen gegenwärtigen Umständen an der bisherigen Form der Organisation entschieden festzuhalten“.

Briefkasten.

A. In Gotha: Mohrenberg 7, „Volksblatt für die Herzogthümer Coburg und Gotha“. In Saalfeld: Rosmaring. 7, „Thüringer Volksblatt“. — Waldenburg. In nächster Nummer. — Poststempel Rauscha. Dank für Zusendung der Nr. 85 der „Sächsischen Volkszeitung“. Ich werde aber zunächst abwarten, ob die Verwaltung der Zahlstelle Tiefenfurt nicht ihrem Verbandsorgan etwas über die fraglichen interessanten Vorkommnisse mittheilt. — K. W. Ich habe von Ihnen keinen Brief erhalten, jener an den Vorstand wird inzwischen beantwortet sein. An welche Adresse soll das Organ gehen, an die Ihrige?

Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung, Dienstag, 6. Aug., Abends präzis 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.
 Arzberg. Sonnabend, 10. August, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
 Bayreuth. Sonnabend, 3. August, Abends 8 Uhr bei Fritz Görl.
 Bonn-Poppelsdorf. Sonnabend, den 10. August, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.
 Burggrub. Sonnabend, 3. August, Abends 6 Uhr in Auerenderscher Bierwirtschaft.
 Budau. Sonnabend, 3. August, Abends präzis 8 1/2 Uhr bei Westphal, Dorotheenstr. 14. außerordentliche Versammlung. Vortrag des Gen. Rehling-Reuhaldensleben über: „Die gewerkschaftliche Lage und Vorschlag zur Umgestaltung.“ Diskussion.
 Charlottenburg. Die nächste Zahlstellenversammlung findet nicht am 10. August, sondern am 17. August, Abends 8 Uhr bei Leder statt.
 Elsterwerda. Sonnabend, 3. August im Vereinslokal.
 Gotha. Sonnabend, 10. August, Abends 8 Uhr im Restaurant „Zur Geholung“.

Gräfenhain. Sonnabend, 3. August, Abends 8 Uhr.

Hermisdorf. Sonnabend, 3. August, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Kahl. Sonnabend, 10. August, Abends 8 Uhr im „Rosengarten“.

Reichen. Sonnabend, 3. August, Abends 8 Uhr im Restaurant „Kronprinz“, 1 Treppe. Erscheinen aller notwendig.

München. Sonnabend, 3. August im Vereinslokal Restaurant „Zur Minie“, Ecke Findling- und Schillerstraße.

Nürnberg. Sonnabend, 31. August im Felsen, Ecke Felsen- und Fabrikstraße.

Ohrdruf. Montag, 5. August, Abends 7 Uhr im Vereinslokal.

Plaue. Sonnabend, 3. August, Abends 8 Uhr im „Adler“. Quartalsabschluss.

Potschappel. Montag, 5. August, Abends 1/2 7 Uhr im Gasthof „Zum deutschen Haus“ öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Der neue Arbeitsvertrag nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch“. Gewerkschaftliches.

Regensburg. Sonnabend, 3. August, Abends punkt 8 Uhr. Quartalsabschluss.

Rehau. Sonnabend 3. August in der „Gartliche“. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist wegen der wichtigen Tagesordnung notwendig.

Schweim. Sonnabend, 3. August im Vereinslokal.

Sophienau. Sonnabend, 3. August, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Spandau. Sonnabend, 3. August, Abends punkt 8 Uhr bei Wehe.

Stadtlengsfeld. Sonnabend, 3. August, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

Suhl. Sonntag, 4. August, Nachm. 3 Uhr in den „Drei Linden“ zu Goldlauter.

Tiefenfurt. Sonnabend, 3. August, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Ueberraschungen.

Weißwasser. Sonnabend, 3. August im Café „Central“.

Wilda-Posen. Sonnabend, den 3. August, Abends 8 1/2 Uhr im „Weißen Hirsch“.

Zell. Sonntag, 4. August, Vormittags 10 Uhr im Vereinslokal „Badischer Hof“. Alle erscheinen.

Goldschmiedere

goldhaltige Lappen und Platten kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Rottmann, Stadtlm. Thür.

Emil Böhme

Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen.

Reelle und pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte. Aastloses Geschäft dieser Art.

Goldschmiedere

solange alle goldhaltige Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung

Otto Hamann, Neustadt i. Sachsen.

la. echte Pariser Pinsel empfiehlt Anton Müller, Fraureuth b. Werdau i. S.



Markt-Redwitz. Sonntag, den 4. August findet unser

1. Stiftungs-Fest

in der Vereinskasse neben dem Bahnhofe statt. Nachm. von 1/3 Uhr ab Konzert und Festrade. Abends 1/8 Uhr Ball. Die Mitglieder der umliegenden Zahlstellen werden freundlichst eingeladen. Die Zahlstellenverwaltung.

Sorau. Sonnabend, den 10. August findet im Gasthof „Zum goldenen Anker“ unser diesjähriges

Stiftungs-Fest

statt, verbunden mit Konzert und darauffolgendem Ball. Anfang Abends 8 Uhr. Die Mitglieder der umliegenden Zahlstellen werden freundlichst eingeladen. Die Verwaltung.

Dronach, Porzellanarbeiter!

Zu dem am Sonntag, den 4. August, Nachmittags 2 Uhr in Magolds Garten stattfindenden

öffentlichen Gewerkschaftsfest

bestehend in Konzert und Abends Ball, laden wir die umliegenden Zahlstellen von Hausen, Schney, Rups, Burggrub, Köppelsdorf und Hüttensteinach, sowie alle Mitglieder moderner Gewerkschaften freundlichst ein. Festrade, gehalten vom Reichs- und Landtagsabgeordneten Gen. Segitz-Nürnberg.

Die Verwaltung.

Porzellanarbeiter des Waldenburger Kreises!

Sonntag, den 11. August findet im Garten des Gasthofs zum „Eisernen Kreuz“ zu Altwasser ein

großes Sommer-Fest

bestehend in Konzert, Gesangsvorträgen der beteiligten Porzellan-Gesangsvereine und Kinderbelustigungen statt. Abends Ball.

Sämtliche Porzellanarbeiter von Altwasser, Waldenburg, Sorgau, Sophienau und Königszell werden ersucht, sich an diesem Feste alle recht rege zu beteiligen.

Die Verwaltung der Zahlstelle Altwasser.

Ohrdruf. Sonntag, den 4. August

großes Gewerkschafts-Fest

auf Ulls „Eisenteiler“, verbunden mit volksthümlichen Spielen, Abends Ball. Festzug Nachm. 2 1/2 Uhr von den „Drei Linden“ aus. Festbändchen im Vorverkauf zu 20 Pf. sind zu haben bei E. Fejer, Brückengasse, A. Schauder u. S. Groß, Waldstraße und M. Brill, Poststraße. Zu recht zahlreicher Beteiligung, speziell der organisierten Porzellanarbeiter, ladet freundlichst ein

Das Gewerkschafts-Komitee.

Dresden, Porzellanarbeiter!

Für die Mitglieder der Gewerkschaften ist der Eintrittspreis für die internationale Kunstausstellung von 1 Mk. auf 50 Pf. ermäßigt worden. Diese Karten gelten für Mittwoch, Sonnabend und Sonntag und können gegen Vorauszahlung des Betrages beim Unterzeichneten bestellt werden.

Oskar Seebald, Rohnstr. 111.

Geschwenda. Den Mitgliedern nochmals zur Kenntnis, daß ich Sonntag, den 4. August den Abschluß pro 2. Quartal unbedingt fertig stelle und ersuche die säumigen Mitglieder, ihre Beiträge, sowie Extrabeiträge zu begleichen, widrigenfalls Streichung erfolgt.

Der Kassier.

Nossen. Allen durchreisenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß meine Wohnung nicht mehr Waldheimerstraße ist, sondern Freiburgerstrasse 14; ferner mache darauf aufmerksam, daß ich Unterzählung nicht mehr in der Fabrik auszahle, sondern in meiner Wohnung Mittags 12-1 Uhr und Abends von 1/2 7 Uhr an.

Louis Heimann, Kassier.

Arbeitsmarkt.

Jüngerer Porzellanmaler

in Fond, Staffage, Rand, sowie Figuren eingearbeitet, sucht anderweitig Stellung. Offerten unter „Maler“ an die Red. d. Bl.

Jüngerer Porzellanmaler

in allen vorkommenden Arbeiten der Privatmalerei bewandert, sucht unter bescheidenen Ansprüchen Stellung. Offerten unter O. R. 20 an die Red. d. Bl.

Gesucht für Porzellanfabrik

1 Glühbrenner

(Durchschnittslohn 30 Mk.), 1 Fejer für Glattbrand (28-30 Mk.), 1 Aufsichtlicher (25-30 Mk.), 2 Diebsturmer (16-17 Mk.) pro Woche. Offerten unter M. M. an die Redaktion d. Bl.

1 Dreher

28 Jahr alt, verheiratet, sucht Stellung; derselbe ist in Holz- und Flachsgeräth, der Porzellanindustrie, sowie Stein- und elektro-technischen Artikeln bewandert. Offerten unter L. P. an die Redaktion d. Bl.

Tüchtiger Maler

für Schmelzfarben-Technik, Glasuren und Aufglasurmalerei der modernsten Richtung, mit Einlegen, Glätten und richtigem Glatt wie Schmelzbrennen bestens vertraut, sucht passende Stellung. Offerten unter „Secession“ an die Redaktion d. Bl. erbeten.

Hierzu eine Beilage.

Ausgabe

Main data table with columns: Verband-Organ, An die Hauptkasse, Arbeitslosen-Unterstütz., Rechts- und Bildungs-zwecke, Porto- und Bureau-bedarf, Entschädigung (Beihilfe, Beihilf., Revisoren u. Kontrollen), 15 pSt. für die Beihilf-stellen, Agitationskosten, Sonstige Ausgaben, Summa der Ausgaben, Waarenbestand, Maße-Ausgabe, and Vermerk.

Vertical text on the left margin: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Vertical text on the right margin: Vermerk, including entries like 'Kontrollen', 'Agitationen', 'Sonderausgaben', 'Warenbestand', 'Maße-Ausgabe', 'Vermerk'.

Rechnungs-Abschluss der Gesamt-Verbandskasse und des Beihilfefonds pro 1900.

Einnahme	Verbands- kasse		Beihilfe- fond		Ausgabe	Verbands- kasse		Beihilfe- fond	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.		Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
An Kassenbestand pro 1899	21 949	67	5 608	81	Per Arbeitslosenunterstützung	83 757	98		
" Einrückungsgeldern	1 345	20	76	25	an die Union zurückgezahlt	291	08		
" Wochenbeiträgen	117 159	81	33 985	55	" Unterstützung an andere Gewerkschafter	1 550	—		
" Ergänzbeiträgen	8 376	35	—	—	" Beitrag an die Generalkommission	541	62		
" Verkauften Wertpapieren	21 500	80	865	50	" Rechtsschutz	1 775	55		
" Zinsen	1 926	—	330	—	" Ergänzbeiträgen	8 320	35		
" Zurückgezählten Rechtsschutzkosten	26	20	—	—	" Zuschuß an die Ergankasse	6 650	—		
" Zurückgezählte Fahrkosten	42	—	—	—	" Agitation	864	70		
" Verwaltungskosten v. Beihilfefond pro 1899	3 054	17	—	—	" Reisegelder und Diäten	981	80		
" Zurückgezählten Gehalt pro Juni 1899	20	—	—	—	" Kosten der Generalversammlung	6 379	35		
" Bestand vom Extrafond	—	24	—	—	" Kosten der Generalversammlungsprotokolle	1 164	40		
" Union vom Darlehen zurückgezahlt	1 694	—	—	—	" Beihilfe an Kranke	—	—	27 089	13
" Eisenberg das Darlehen zurückgezahlt	400	—	—	—	" Sterbegeldbeihilfe	—	—	3 975	—
" Darlehen von der Gewerkschaftskommission	1 000	—	—	—	" Verkaufte Wertpapiere	5 787	95		
" Sonstigen Einnahmen	1 620	46	146	81	" Bildungszwecke	3 526	64		
Summe	180 114	90	41 012	92	" 15 pCt. für die Zahlstellen	17 382	94		
Gesamt-Vermögen:					" Darlehen an die Zahlstelle Eisenberg	400	—		
" Wertpapieren	90 000	—	21 000	—	" Sonstige Ausgaben (einschl. 38,42 Mk., welche im Abschluss pro 1899 unter „Sonstiges“ zu wenig in Ausgabe gestellt wurden)	2 113	45	243	85
" Darlehen an böhmischen Verband	8 306	—	—	—	Verwaltungskosten:				
" Kassenbestand	16 480	66	6 640	77	" Persönliche	16 217	03		
Summe	114 786	66	27 640	77	" Sachliche	5 929	40		
Ab Darlehen	1 000	—	—	—	Summa	163 634	24	34 372	15
Summe	113 786	66	27 640	77	Saldo	16 480	66	6 640	77
					Summa	180 114	90	41 012	92

Revidiert und für richtig befunden.
Berlin, den 27. Juli 1901.

Verband **9719**
Beihilfefond **1866**

Wilh. Poesenecker.

F. Wegener.

S. Zarges.

Berlin, den 20. Juli 1901.
Wilh. Herden,
Verbandsstafierer.

Anspruchsberechtigte Mitglieder waren im Verbands 8823.
Davon gehörten:

An die 4 Mk.-Stufe 790 Mitgl., in die 8 Mk.-Stufe 6032 Mitgl.
" " 10 " 805 " " 12 " 672 "

Unterstützungen empfingen 1720 Mitglieder in 1837 Fällen.
An der 4 Mk.-Stufe 83 Mitgl. für 2947 Tage 2200,92 Mk.

" " 8 " 1057 " " 26957 " 38588,51 "
" " 10 " 160 " " 5046 " 10114,77 "
" " 12 " 164 " " 5177 " 11881,84 "
" " 14 " 150 " " 5404 " 15022,18 "

1623 Mitgl. für 45531 Tage 77808,22 Mk.

Fahrkosten erhielten 399 Mitglieder 3918,59 Mk.
97 Mitglieder erhielten nur Fahrkosten.

Umzugskosten erhielten 96 Mitglieder 2322,25 Mk.
Am Orte bezogen 1474 Mitglieder für 42314 Tage 72174,72 Mk.
Unterstützungen.

Auf Reisen bezogen 149 Mitglieder für 3217 Tage 5633,50 Mk.
Unterstützungen.

Die Unterstützungsdauer ist für:
920 Mitglieder bis 4 Wochen, 365 Mitglieder bis 8 Wochen
146 " " 12 " 42 " " 13 "
150 " von 13 bis 28 Wochen.

Ausgeschieden sind 211 Mitglieder, welche 16208,96 Mk. Unter-
stützungen bezogen haben.

Für Feiern während des Bergarbeiterstreiks wurden an Unterstützungen gezahlt:

Nach	aus Verbandsmitteln	und	aus freiwilligen Mitteln
Arzberg	1951,25		100,00
Blankenhain	178,00		—
Bockau (Berlin II)	26,00		—
Coburg	68,00		—
Golditz	1558,67		690,00
Glörsburg	16,00		—
Frauenthal	525,74		—
Freienort	401,00		200,00
Gräfenhal	21,32		—
Hirschau	774,98		270,00
Hohenberg	1682,20		150,00
Hüttensteinach	216,66		—
Kahla	239,28		—
Kloster-Bebra	276,00		—
Krummenaach	144,00		—
Marktleuthen	48,00		—
Meißen	595,93		100,00
Mitterteich	132,00		—
Naumburg (Berlin II)	220,00		—
Oberhofau	752,00		—
Rehan	2385,33		200,00
Schnee	510,61		280,00
Schönwald	3810,41		200,00
Schwarzenbach	31,00		—
Uhlhadr	90,00		—
Vordamm	616,00		—
Waldjassen	156,00		—
Summe	15636,88		2490,00
Gesamt Summe	18126,88 Mk.		

Gemäß der neuen Bestimmungen der Rudolstädter
Generalversammlung wurden gezahlt:

An 294 Mitglieder 8438,47 Mk. Differenzunterstützungen.
" 96 " 2322,25 " Umzugskosten.
" 429 " 2803,29 " Prämie für 5 jährl. Mitgliedschaft.
" 51 " 710,16 " " 10 " "
" 74 " 2526,87 " gemäß § 6, Absatz 3. "

Für Streiks und Aussperrungen wurden gezahlt:

Nach Bering (Berlin II)	156,00	Mk.
" Düsseldorf	148,00	"
" Roda	143,25	"
" Markt-leuthen	151,08	"
" Tiefenfurt	1768,35	"
" Breslau	6309,94	"
" Eisenberg	3330,26	"
" Rheinsberg	5568,29	"
" Kahla	1069,46	"
" Arzberg	960,21	"
" Burgstädt	2323,30	"
" Almenau	2380,31	"
" Rudolstadt	9062,14	"
" Selb	356,07	"
" Gräfenroda	540,00	"
" Krummenaach	431,03	"
Summa	34697,69	Mk.